Donnerstag, 21. November 1929
11. Jahrg. Nummer 272

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 15 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 560 29. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26. Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1364; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. m.b.H., Bresl. — Druck: „Peuvag", Fil. Breslau, Trebnitz. Str. 50

Hindenburg schenkt 200 000 Mark

— nicht den deutschen Erwerbslosen, sondern den konterrevolutionären deutsch-russischen Großbauern — Reichsregierung stellt 6 Millionen zur Verfügung — Alles im Dienste der Kriegsvorbereitungen — Die Kollektivisierung der Landwirtschaft hat sie vertrieben!

Die Reichsregierung hat nun eine offizielle Aktion zugunsten der vor dem wachsenden sozialistischen Aufbau flüchtenden russischen Kulaken deutscher Nationalität eingeleitet. Sechs Millionen Mark wurden zugunsten ihrer zeitweisen Unterbringung in Deutschland bewilligt. Hindenburg hat aus seinem Dispositionsfonds 200 000 Mark angewiesen und an die Bevölkerung einen feierlichen Appell zur Sammlung gerichtet. Gleichzeitig hat der deutsche Geschäftsträger in Moskau einen diplomatischen Schritt unternommen, um den beginnenden Rücktransport jener Auswanderer, die sich die Sache noch nachträglich überlegt hatten, in ihre Heimat zu verhindern. Deutschland will also „seine" [illegible] — und wird sie wohl auch bekommen, soweit [illegible] wie erwähnt, selbst auf die „Hilfe" ihrer [illegible] in der Sowjet-

[illegible]

sowjetkrieg. Die deutsche Regierung, die angesichts der nationalen Unterdrückung der südtiroler Deutschen durch Mussolini schweigt, die die deutschen Flüchtlinge aus Polen jämmerlich verkommen läßt, entfaltet nun eine gewaltige Propaganda zugunsten russischer Staatsbürger, die, wie sie selbst erklären, keinerlei nationaler Unterdrückung ausgesetzt waren, sondern eben vor der die Kleinbauern begünstigenden Politik der Sowjetregierung flohen. Die deutschen Arbeiter werden diese „Hilfsaktion" und alle Leute, die diese Aktion unterstützen, so behandeln, wie sie es verdienen — als raffinierte Kriegshetzer.

Rundfrage des wolgadeutschen Pressedienstes

Harry Richter, der Herausgeber des Deutsch-Wolgadeutschen Pressedienstes, hat den Vortrupp der in Deutschland eingetroffenen angeblich „vertriebenen" Bauern im Ueberseeheim der „Hapag" aufgesucht. Er berichtet darüber:

Nachdem in der deutschen Oeffentlichkeit in so ungewöhnlich großem Umfange über die aus der Sowjetunion ausgewanderten deutschen Kolonisten geschrieben und gesprochen worden ist, ist es an der Zeit, die Auswanderer selbst zu Wort kommen zu lassen. Um ihnen diese Möglichkeit zu geben, bin ich nach Hamburg gefahren und habe die am letzten Freitag dort eingetroffenen 110 Auswanderer aufgesucht. Es handelt sich um einen Vortrupp von 22 Familien mit 54 männlichen und 56 weiblichen Mitgliedern. Sie sind in Veddel im Ueberseeheim der Hapag untergebracht. Auf die Nachricht von meinem Kommen hin versammelten sich die Familienväter im großen Wohnsaal ihrer Baracke und gaben auf meine Fragen bereitwilligst Antwort.

Absichtlich enthalte ich mich bei diesem Bericht jeder eigenen Meinungsäußerung, weil ich der Auffassung bin, daß es wirkungsvoller und im Interesse der Wahrheit über die Sowjetunion und die ausgewanderten deutschen Bauern besser ist, die Kolonisten selbst sprechen zu lassen. Es sei jedoch bemerkt, daß die von den 110 Auswanderern bzw. 22 sowjetdeutschen Bauernfamilien gegebenen Antworten im wesentlichen auch für den gesamten Rest der Auswanderungslustigen Geltung besitzen — die befragten Kolonisten bestätigten das ausdrücklich.

1. Frage: Aus welchen Gebieten der Sowjetunion kommen die in Hamburg eingetroffenen Auswanderer?

3 Familien aus der Krim, 10 Familien aus Orenburg, 1 Familie aus dem Wolgagebiet (Samara), 8 Familien aus Sibirien (Ortelsburg, Omsk, Nikolajewsk).

2. Frage: Wie ist der soziale Bestand der Auswanderer?

Tagelöhner: —; arme Bauern: —; Mittelbauern: 1 Familie; früher Wohlhabende: 17 Familien; Dorfintelligenz: 4 Familien (2 Geistliche — 1 Diakon, 1 Prediger —, 2 Lehrer); gew. Rotarmisten: —.

3. Frage: Wie steht es mit dem Glaubensbekenntnis?

Katholiken: 1 Familie; Lutheraner: —; Mennoniten: 21 Familien; Atheisten: —.

4. Frage: Was halten Sie [illegible] der den deutschen Minderheiten in der Sowjetunion gewährte [illegible] Autonomie?

„Die Kultur-Autonomie hat uns viel Gutes gebracht. Das Deutschtum kann sich in der Sowjetunion jetzt freier und selbständiger entwickeln als früher. Verfolgungen der Deutschen — wie in zaristischer Zeit — gibt es nicht mehr!"

5. Frage: Welche Gründe führten zur Auswanderung?

Religiöse Verfolgungen: in keinem Falle; Hunger: in keinem Falle; Steuerlasten: in keinem Falle; Unterdrückung des Deutschtums: in keinem Falle; Kollektivisierung: in 22 Fällen, — also in allen Fällen die Sozialisierung der Landwirtschaft, insbesondere ihre Folgen: die Aufhebung der bäuerlichen Individualität und die Zerstörung der bäuerlichen Familie.

6. Frage: Ist einer unter Ihnen aus der Sowjetunion vertrieben worden? — „Nein, wir sind alle freiwillig gefahren."

7. Frage: Wer hat Sie zur Auswanderung veranlaßt? — „Wir haben alle Verwandte und Glaubensgenossen in Amerika, die uns herausgerufen haben!"

8. Frage: Wer finanziert Ihre Ueberfahrt nach Amerika? — „Einmal die Schiffahrtslinien, die uns einen Kredit einräumen, und zum andern unsere Verwandten in Amerika."

9. Frage: Wie kommt es, daß ganze deutsche Sowjetdörfer auswandern wollen? — „Es gibt in Rußland mennonitische Dörfer, die aus einer einzigen großen Familie bestehen. Wenn eine solche Familie die Ueberfahrt beschloß, hat sich damit das ganze Dorf auswanderungsbereit gemacht."

10. Frage: Wie ist Ihr Verhältnis zum Sowjetismus? — „In Rußland sind wir alle Konterrevolutionäre! Wir haben die von den Sowjetorganen erhaltenen Anweisungen nur selten befolgt!"

Düsseldorfs Massenmörder — politischer Polizeispitzel!

Zweimal verhaftet und zu neuen Morden wieder freigelassen!

Breslau, 21. November. Die „Rote Fahne" schreibt: Die Arbeiterschaft von ganz Düsseldorf befindet sich in einem Zustande ungeheurer Empörung und Entrüstung. Es ist nämlich festgestellt worden, daß der Massenmörder, dem bisher 19 Frauen und Kinder zum Opfer fielen, höchstwahrscheinlich ein im Dienst der Polizei stehendes Spitzelsubjekt, und zwar der bisherige Polizeiagent G. Koch ist. Er wurde von der Polizei vor allem als Spitzel gegen die Kommunistische Partei und die von ihr organisierte revolutionäre Erwerbslosenbewegung verwandt. Nach den bisherigen Feststellungen steht fest, daß der Mörder unzweifelhaft der Kriminalpolizei schon seit langem bekanntgewesen sein muß, denn er war bereits zweimal vorher als vermutlicher Täter verhaftet — und immer wieder freigelassen, so daß er die Möglichkeit hatte und ausnutzte, neue Morde zu begehen.

Die Düsseldorfer Polizei hat, wie feststeht, eine Verfolgung des Mörders abgelehnt, weil sie ihren politischen Vertrauensmann decken will, und den von der Schutzpolizei zweimal Verhafteten immer wieder freigelassen.

Neunzehn Opfer dieses Vertrauensmannes der Polizei sind auf der Strecke geblieben! Wer denkt da nicht an den Massenmörder Haarmann, der, gleichfalls im Dienste der Polizei stehend und von ihr begünstigt, zweiundzwanzig Menschen ermorden konnte!

Diese Subjekte, diese üblen politischen Achtgroschenjungen, die von der Polizei als Spitzel gegen ihre politischen Gegner, die Kommunisten, verwandt werden, können eben unter dem Schutz ihrer Polizeiagententätigkeit Mord auf Mord häufen. Das ist das System des Polizeisozialismus, von dem die Herren Severing, Grzesinski und Zörgiebel, zynisch lachend, erklärt haben, daß man auf Spitzel im Kampf gegen die Kommunisten nicht verzichten könne.

Dieses System, das Mord und Verbrechen jeder Art züchtet, steht in dem Düsseldorfer Mordskandal, der zu einem Polizeiskandal geworden ist, am Pranger. Dieses System ist reif, überreif, durch die Faust der siegreichen proletarischen Revolution zerschmettert zu werden.

*

Die kommunistische Fraktion hat im Preußischen Landtag zu dem skandalösen Verhalten der Bürgerkriegspolizei, die u. a. auch Protestkundgebungen der KPD. in Düsseldorf verbot, eine Große Anfrage eingebracht, in der das Staatsministerium aufgefordert wird, unter Hinzuziehung aller Parteien eine Untersuchung einzuleiten. Es wird in der vom Genossen Schwenk u. a. gezeichneten Anfrage die Amtsenthebung der schuldigen Beamten gefordert.

*

Die „B.-Z." bestätigt diese Meldung durch folgenden Bericht: Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen nach dem Besitzer eines blutbefleckten Tuches, das in der Nähe der Mauer der Fabrik von Haniel in einer alten, verfallenen Hütte gefunden wurde, sind ein großes Stück vorwärtsgekommen. Die Düsseldorfer Polizei hat noch in der Nacht folgende wichtige Feststellungen gemacht: Am Abend, um 18,30 Uhr, rief ein Mann bei der Polizei an und erkundigte sich, wie die genaue Lage der Leiche der kleinen ermordeten Gertrud Albermann an der Mauer Haniels sei. Der Beamte, der am Telephon war, glaubte plötzlich die Stimme des Mannes, der seinen Namen nicht genannt hatte, zu erkennen.

Er besann sich dann, daß der Anrufer eine Person war, die in früheren Zeiten als Polizeivigilant beschäftigt worden ist.

Als das Tuch den Beamten des Polizeireviers, in dessen Bereich die Fundstelle liegt, gezeigt wurde, erklärten sie übereinstimmend, dieses Tuch zu kennen. Es hat sich am Halse eines Mannes befunden, der, wie jetzt bekannt wird, von der Polizei bereits dreimal unter Verdacht, an den Morden zumindest beteiligt gewesen zu sein, verhaftet worden war. Dieser Mann ist mit der Person, die sich telephonisch nach der Leiche der Albermann erkundigt hatte, identisch. Es handelt sich um einen Arbeitslosen, der tatsächlich im Polizeidienst als Vigilant verwendet worden ist, und der während des Sommers auf dem Laubengelände nächtigte und augenblicklich ohne feste Wohnung ist. Nach diesem Mann wird von der gesamten Düsseldorfer Polizei augenblicklich eifrigst gesucht.

Im Gegensatz zu dieser Darstellung der „B.-Z." wird der Telegraphen-Union von zuständiger Stelle in Düsseldorf „versichert", daß der gemachte Fund mit der Mordangelegenheit „nichts zu tun habe".

Zustrom von Arbeitern zur KPSU.

Eine Delegation parteiloser Arbeiter der Putilow-Werke in Leningrad, bestehend aus 80 Mitgliedern, erschien in der Parteikonferenz des Betriebes, überreichte dem Parteikomitee ein rotes Banner und übergab das Kollektivgesuch parteiloser Arbeiter um Aufnahme in die Partei. Die parteilosen Delegierten erklärten, daß sie jetzt in die Partei eintreten wollen, um die rechten Opportunisten endgültig zu schlagen und der Partei zu helfen, ihre Generallinie zu verwirklichen.

Ruhrgebiet rüstet zum Reichskongreß

Im Ruhrgebiet sind die Wahlen zum Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition im vollen Gange. In vielen Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen sind Delegierte zum Reichsgewerkschaftskongreß bereits gewählt. Die Geldmittel für die Delegierten werden durch Geldmittel aufgebracht. Bisher sind 67 Delegierte gewählt.

Auch in Schlesien und Oberschlesien gilt es, noch einen energischen Stoß in den Betrieben zu führen!

Wählt Delegierte!

Sammelt zur Finanzierung der Delegationen!

Klassenurteil gegen „Ruhr-Echo"

Essen, 21. November. Am 6. Juli 1929 erschien in unserem Bruderblatt „Ruhr-Echo", in der Rubrik „Humor", eine Unterhaltung zwischen zwei Frauen unter der Spitzmarke „Immer angeschmiert", die die letzte Oelung zum Gegenstand hatte. Wegen dieser Zwiesprache wurde gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Kropp, Anklage erhoben. Kropp wurde heute zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt, da das Klassengericht in der veröffentlichten Unterhaltung eine Beleidigung der katholischen Kirche erblickte. Das Konkordat verpflichtet!

Neue Enthüllungen im Sklarek-Ausschuß

Im Sklarek-Ausschuß des Preußischen Landtages gab der Berichterstatter auf Grund des Studiums der Akten einen Bericht, aus dem insbesondere hervorging, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Kohl, der in den Jahren 1923, 1924 und 1925 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Berliner Kleiderverteilungsgesellschaft (BVG.) war, stark belastet ist. In seiner Zeit wurden von dem Geschäftsführer Kieburg, ebenfalls Sozialdemokrat, bereits umfangreiche Schiebungen mit den Sklareks gemacht. Trotzdem bemängelte Kohl im März 1924 die Revision der KVG. durch städtische Revisionsbeamte als zu kleinlich. Der wichtigste Teil dieser Sitzung des Sklarek-Ausschusses waren jedoch die Ausführungen des Regierungsrates Tapolski, welcher die Disziplinarverfahren leitet. Die Ausführungen Tapolskis geben ein Bild von den Schiebungen, die bis in das Jahr 1924 zurückgehen und die der Stadt Berlin schon damals Millionen gekostet haben.

Im Jahre 1924 haben die Sklareks an die KVG. Textilwaren im Werte von 2,4 Millionen Mark geliefert. Der Leiter der KVG. war damals Kieburg. Bei der Liquidation der KVG. haben die Sklareks dieselben Waren, die sie für 2,4 Millionen Mark geliefert hatten und bezahlt bekamen, für den Betrag von 1,6 Millionen Mark zurückgekauft. Dieser Betrag brauchte jedoch nicht etwa gleich bezahlt zu werden. Die KVG. machte die für Sklareks äußerst günstige Abmachung, daß dieser Betrag in Monatsraten von 20 000 Mark zu zahlen sei. Demnach hätten die Sklareks sieben Jahre Zeit zur Bezahlung dieser Kaufsumme gehabt. Später wurde diese Summe mit der Begründung, daß die Waren schlecht gewesen seien — die von den Sklareks vorher geliefert waren — um Hunderttausende herabgesetzt. Entgegen früher gemachten Aussagen des Bürgermeisters Kohl (SPD.) hat die Berliner Anschaffungs-Gesellschaft ebenfalls bereits im Jahre 1924 mit den Sklareks in Geschäftsverbindung gestanden. Der Geschäftsführer Kieburg bezog auch dann noch von den Sklareks Textilwaren, als der Kleiderhandel der BAG. vom Magistrat bereits verboten war. Bei der Liquidation des Kleiderhandels der BAG. kaufte dann die Firma Sklarek die von ihr selbst für 1,1 Millionen Mark gelieferten Waren für 600 000 Mark zurück. Sie hat dafür in Wirklichkeit nur 280 000 Mark bezahlt.

Bei einer plötzlichen Revision der BAG. wurde festgestellt, daß im Warenlager 4000 Anzüge fehlten. Nach acht Tagen erklärte Kieburg plötzlich, die Anzüge hätten sich eingefunden, und zwar bei den Sklareks, wo sie nur zum Austausch gegen Sommeranzüge hingeschafft worden seien. In Wirklichkeit ergaben die Untersuchungen, daß Kieburg dauernd zum Zwecke der Bilanzschiebungen die Warenlager zwischen der BAG., der KVG. und den Sklareks hin und hergeschoben hatte. Auf diese Weise wurde im Jahre 1925 auch die Bilanz der BAG. im Betrage von 400 000 Mark gefälscht. In den Jahren 1924/26 gingen durch die Geschäfte mit den Sklareks insgesamt 1,0 Millionen Mark verloren.

Die Beziehung der Sklareks zur Stadtbank begannen ebenfalls bereits im Jahre 1924. Die Sklareks hatten je drei Strohmänner an der Hand, die sie sowohl zur Wechselreiterei, und zwar im Betrage von 2½ Millionen Mark und auch zur Scheckreiterei benutzten.

Aus den Mitteilungen Tapolskis geht hervor, daß Gäbel bei den Verträgen mit den Sklareks offenbar die Interessen der Sklareks auf Grund von Bestechungen gewahrt hat. (Die Kommunistische Partei hat bekanntlich Gäbel und Degener bereits aus der Partei ausgeschlossen, ehe noch ihr ganzes Sündenregister bekannt war.)

Ueber die persönlichen Beziehungen zu den Sklareks teilte Tapolski in bezug auf Böß mit, daß er außer der Pelzlieferung keine Vergünstigungen erhalten habe. Die Stadträte Gäbel und Degener haben laufende bare Zuwendungen von den Sklareks bekommen, ebenso der Stadtrat Bennecke. Bennecke hat außerdem für die Vermittlung von Autokäufen der Sklareks 5000 bis 6000 Mark Provision erhalten. Die Bürgermeister Schneider (SPD.) und Kohl (SPD.) haben ebenfalls laufende Zuwendungen von den Sklareks erhalten. Kohl hat auch Geld für seine Villa erhalten, was er bisher bestritten hat. Die Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann haben von den Sklareks Pelze, Renngewinne und Geschenke aller Art erhalten. Sakolowski erhielt besonders größere Zuwendungen in barem Gelde.

Der „Vorwärts" schreibt:

„Alle KPD.-Wähler sind Lumpen!"

Arbeiter, antwortet mit Masseneintritt in die KPD.!

In einer Betrachtung des kommunistischen Wahlsieges in Berlin schreibt der „Vorwärts":

„In einer Riesenstadt wie Berlin gibt es eine Riesenmasse von Gelegenheitsarbeitern, zugereisten Ungelernten, Deklassierten, ruinierten Kleinrentnern, proletarisierten Kleinbürgern, schließlich in größerem Maße als anderwärts jene zweifelhaften Elemente, die man mit dem Sammelnamen Lumpenproletariat bezeichnet. Aus dieser reigigen Masse, die widerstandslos allen Eindrücken ausgesetzt ist, ohne sich formen zu lassen, rekrutiert sich die kommunistische Wählerschaft."

365 595 Wähler der KPD. bezeichnet das Blatt der zutiefst verlumpten und korrumpierten Sozialdemokratischen Partei als „Lumpenproletariat". Das ist die ungeheuerlichste Provokation gegenüber der halben Million kommunistischer Wähler der klassenbewußten Berliner Arbeiterschaft. Sie alle, die Armee des Elends und des Hungers, Opfer der verfaulten kapitalistischen Gesellschaft, eine halbe Million klassenbewußter Kämpfer für die Revolution — sie beschimpft das Blatt der Stampfer, Zörgiebel, Künstler und Brolat, das Blatt der Sklarek-Partei, als „Lumpen"!

Und warum?

Weil sie nicht gutwillig verrecken wollen, weil sie nicht in der Verzweiflung des Einzelschicksals zugrundegehen, weil sie nicht auf der Strecke bleiben wollen, weil sie die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten unter der Fahne der Kommunistischen Partei, der Partei der proletarischen Revolution, erkannt, weil sie sich zu dieser Partei bekannt haben!

Mehr als eine halbe Million, den besten, selbstlosesten, klassenbewußtesten und revolutionärsten Teil des proletarischen Berlins, wagt das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in dieser Weise zu beschimpfen in ohnmächtiger Wut darüber, daß die Kommunistische Partei einen glänzenden Sieg errungen und den Einfluß der SPD. in den proletarischen Bezirken Berlins gebrochen hat.

Es gibt eine einzige Antwort auf diese abgrundtiefe Gemeinheit. Das ist die Antwort, die in den letzten Tagen mehr als tausend Berliner Arbeiter auf die Politik des Sozialfaschismus gegeben haben: Hinein in die Kommunistische Partei, die Partei des proletarischen Befreiungskampfes, die Partei der Unterdrückten, Ausgebeuteten und Verfolgten, die Partei der proletarischen Revolution!

Deutsch-polnischer Handelsvertrag – Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion

L. Zurzeit finden Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen statt, die zum Ziele den Abschluß eines Handelsvertrages haben. Die Verhandlungen wurden in den vergangenen Jahren bereits mehrere Male geführt. Sie endeten resultatlos, weil von den verschiedenen Kapitalistengruppen jede den fettesten Gewinn einstecken wollte. Die deutschen Grubenbesitzer befürchten die Konkurrenz der polnischen Kohle, die deutschen Krautjunker die der polnischen Schweine, die deutsche weiterverarbeitende Industrie wollte durchaus zu einem Vertrag kommen, in der Hoffnung, nach Polen ausführen zu können.

Das offene Einschwenken der deutschen Kapitalisten in die Kriegsfront der imperialistischen Räuber gegen Sowjetrußland veranlaßt sie, den Versuch zu unternehmen, bei den gegenwärtigen Verhandlungen die allen Gruppen gemeinsamen Interessen in den Vordergrund zu stellen und eine Verständigung mit den polnischen Kapitalisten anzustreben.

Nach der Einverleibung von Ostoberschlesien ist Polen in der Lage, erheblich mehr Kohlen zu fördern, als es im Inlande absetzen kann, da es eine schwache Industrie hat. Die polnische Jahresförderung beträgt rund 39 Millionen Tonnen. Davon verbraucht die Industrie nur etwa 13 Millionen. Der Bedarf der Eisenbahn, des Hausbrandes usw. ist mit etwa 10 Millionen Tonnen gedeckt. 16 Millionen Tonnen müssen ausgeführt werden. Das sind die Ursachen, weshalb Polen bei den Verhandlungen ein vertragliches Recht zur Einfuhr von monatlich 250—350000 Tonnen Kohlen nach Deutschland fordert.

Bei der Annahme, daß die polnische Kohle bisherige Abnehmer der nieder- und oberschlesischen deutschen Kohle kaufen würden, müßte die Jahresförderung in Ober- und Niederschlesien zusammen um 3 bis 4,2 Millionen Tonnen eingeschränkt werden, da keine Möglichkeit besteht, in absehbarer Zeit andere Absatzgebiete für die überschüssige Kohle zu finden.

Auf welche Weise kann man die Förderung einschränken? Die Grubenbesitzer und Gewerkschaftsbürokraten geben prompt zur Antwort: Durch Arbeiterentlassungen. In ihrer Presse rechnen sie aus, daß 10—14 000 ober- und niederschlesische Bergarbeiter entlassen werden müßten, wenn Polen auf Grund des Handelsvertrages die Erlaubnis bekommt, 250 000 bis 350 000 Tonnen Kohle monatlich nach Deutschland einzuführen.

Die nieder- und oberschlesischen Gewerkschaftsbürokraten protestieren zum Schein gegen die geplante Einfuhr der polnischen Kohle. Doch man schaue nicht auf ihr Maul, sondern auf die Taten. Gerade die Sozialdemokraten sind es, die im Interesse der Kriegsvorbereitung gegen Sowjetrußland um jeden Preis zu einer Verständigung mit Polen kommen wollen. Die sozialdemokratische „Bergwacht" brachte am 9. Oktober einen großen Artikel mit der kategorischen Ueberschrift: **„Wir fordern Handelsvertrag mit Polen."** Das sozialdemokratische „Volksblatt" veröffentlichte am 5. November einen langen Artikel von Kolß, in dem es am Schluß hieß: **„Alle diese Erwägungen berechtigen ... zu der Erwartung, daß ... die Bemühungen um die Herstellung des deutsch-polnischen Wirtschaftsfriedens einen vollen Erfolg davontragen, der den Lebensnotwendigkeiten beider Verhandlungspartner Rechnung trägt und damit ... Brücke nach Osten (!) schlägt ..."** Der „Sozialdemokratische Pressedienst" fühlte sich sogar veranlaßt, in einer Veröffentlichung gegen die papiernen Proteste der Gewerkschaftsbürokraten gegen die geplante Kohleneinfuhr Stellung zu nehmen und zugleich den schlesischen Grubenbesitzern den Vorschlag zu machen, ihre polnischen Klassengenossen zu veranlassen, die nach Deutschland eingeführte Kohle nicht etwa billiger als die in Deutschland geförderte zu verkaufen.

Die Absichten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer sind klar:

Sie wollen um jeden Preis eine Verständigung zwischen den deutschen und polnischen Kapitalisten zum gemeinsamen Kampf gegen Sowjetrußland, auch wenn diese Verständigung Massenentlassungen im ober- und niederschlesischen Bergbau zur Folge haben würde.

Die Interessen der Bergarbeiter sind andere, als die der sozialdemokratischen Kapitalsknechte. Die Bergarbeiter haben keine Veranlassung, einen Krieg gegen Sowjetrußland zu wollen. Sie wissen, daß eine Verständigung zwischen den polnischen und deutschen Kapitalisten den Werktätigen hier und dort keine Vorteile bringen wird. Den Gewinn werden die Kapitalisten einstecken, was schon aus dem Vorschlag des Sozialdemokratischen Pressedienstes zur Bildung eines deutsch-polnischen Preiskartells eindeutig hervorgeht.

Nicht Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion, — sondern ihre Verteidigung mit allen Mitteln!

Nicht Arbeiterentlassungen, — sondern Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben und sechs Stunden!

Das sind die Forderungen für die die nieder- und oberschlesischen Bergarbeiter den Kampf aufnehmen müssen.

Ehebruch-Paragraph gefallen!

Auf Antrag der kommunistischen Fraktion

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages lehnte mit 14 gegen 14 Stimmen die Aufrechterhaltung des § 312 ab, nach dem Ehebruch mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden sollte. Die kommunistische Fraktion hatte Anträge auf völlige Streichung des § 312 eingebracht. Für die KPD. begründete Genosse Malewski den Streichungsantrag. Die SPD. hatte gleichfalls Streichungsanträge gestellt.

Zur Behandlung stand der Paragraph des neuen Strafgesetzentwurfes, der im Gegensatz zum geltenden Recht die Höchststrafe von einem halben Jahr auf ein Jahr Gefängnis für Ehebruch erhöhen sollte. Nach dem § 312 war es vorgesehen, daß die Bestrafung auf Antrag eines der beiden Ehegatten erfolgen soll.

Für die Regelung, besonders aber für die Erhöhung der Strafe, setzte sich vor allem die Vertreterin des Zentrums, Frau Weber, ein, die von dem Reichsjustizminister Guerard, bekanntlich auch einem Zentrumsmann, gestützt wurde. Das Hauptargument des Zentrums war, daß die „Heiligkeit der Familienbande" unbedingt durch Gefängnisstrafen aufrechterhalten werden müsse.

Von deutschnationaler Seite lag der Antrag vor, den Ehebruch-Paragraphen von einem Antragsdelikt zu einem Offizialdelikt zu machen, d. h., daß die Deutschnationalen überhaupt nach jedem Ehescheidungsprozeß automatisch den Strafrichter gegen die Ehebrecher in Bewegung setzen wollen.

Die Schlichtungsguillotine arbeitet

Kuhhandel zwischen Simon und den Schuhindustriellen

Einen Tag nach den Wahlen, am Montag, dem 18. d. M., traten in Berlin im Reichsarbeitsministerium die Parteien unter dem Vorsitz des von Wissell bestellten Sonderschlichters für die Schuhindustrie, Böhm-Nürnberg, zu Verhandlungen über den zu fällenden Schiedsspruch zusammen. Die Schuhindustriellen, die mit Recht in der Schlichtungsmaschine ihre beste Interessenvertretung sehen, machten selbstverständlich nicht die geringsten Zugeständnisse, sondern verlangten nach altbekannter Manier noch einen Lohnabbau. Der „Vorwärts", wie immer sehr gut orientiert, meldet schamhaft, daß erst nur eine „allgemeine Aussprache" stattgefunden habe.

Am Dienstag wurde dann ein Spruch gefällt, der nur 7 Pfennig in der Spitze (!) bringt und bis 31. März 1931 (!) Geltung haben soll.

Die revolutionäre Opposition ruft die Schuhfabrikarbeiter auf, sofort den Kampf zu organisieren, bis zur restlosen Durchsetzung der Forderungen, auch gegen den Willen der Reformisten. Nur der auf breitester Basis geführte Kampf aller Arbeiter der Schuhindustrie kann die elenden Löhne der Schuhfabrikarbeiter verbessern.

Neue Flut von Repressalien gegen Sowjetbürger in Charbin

Seit dem 4. November hat gegen die Sowjetbürger in Charbin eine neue Flut brutaler Repressalien eingesetzt. In den letzten Tagen wurden etwa 700 Personen verhaftet. Die Lage der Internierten spottet jeder Beschreibung. Die Verhafteten werden zu zweien an Händen und Füßen gekettet. Sowohl im Freien als auch in den Gefängnissen ist es den Verhafteten verboten, sich zu bewegen. Die Verhafteten müssen den ganzen Tag in hockender Stellung verbringen und werden bei jedem Versuch, aufzustehen, oder sich niederzukniien, schwer mißhandelt. Die Folterungen und Mißhandlungen dauern fort. Die Verhafteten sind buchstäblich lebendig begraben. Sie hungern und dürfen keine Lebensmittelsendungen in Empfang nehmen. Es werden Selbstmordversuche begangen. Den Kranken und Mißhandelten wird keine Hilfe erwiesen. Die Verhafteten sind noch nicht verhört worden, auch eine Anklage wurde gegen sie nicht erhoben. Der deutsche Konsul in Charbin, Stobbe, hat seit Monaten kein einziges Mal die Erlaubnis erhalten, jene Gruppe der Verhafteten, die bei dem chinesischen Stab interniert ist, zu besuchen.

Kleine Nachrichten

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Berlin. Dienstag mittag wurde in der Karlstraße ein Raubüberfall auf den 17jährigen Kassenboten der Deutschen Stärke-Verkaufsgenossenschaft verübt. Der unbekannte Täter entriß ihm die Aktenmappe mit 11 000 Mark und konnte ungehindert entfliehen.

Die Unwetterkatastrophe in Italien

Aus den Provinzen Campagna, Sizilien und Sardinien treffen weitere Nachrichten über die Unwetterschäden ein, die durch die letzten Regengüsse verursacht wurden. In der Campagna ist ein zweistöckiger Neubau eingestürzt. In einer Ortschaft in der Nähe von Neapel haben sich große Erdrisse gezeigt. Auch in Sizilien und Sardinien stürzten mehrere Häuser ein.

Flugzeugabsturz über Neuyork

Ueber einem der belebtesten Teile von Neuyork stürzte ein Passagierflugzeug aus 500 Meter Höhe ab. Die Trümmer prallten auf ein Hausdach, das schwer beschädigt wurde. Der Flugzeugführer wurde getötet. Der Passagier konnte sich durch Fallschirmabsprung retten.

Lynchjustiz in Mexiko

Einer Meldung aus Jastland in Mexiko zufolge schleppte eine wütende Menge den Räuberhauptmann Rateliff, der bei einem Ausbruchsversuch aus dem Gefängnis seinen Komplizen schwer verwundet hatte, aus dem Gefängnis weg und hängte ihn auf einem Telegraphenmast auf.

Schmugglertod

TU. Kattowitz. An der tschechisch-polnischen Grenze, in der Nähe von Markiowitz, wurde ein Schmuggler, der auf den Anruf des Grenzbeamten die Flucht ergriff, erschossen.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug

TU. Kattowitz. Auf der Strecke Morgenrot—Ruda bemerkte der diensthabende Weichensteller, daß die Signaleinrichtung nicht funktionierte. Er begab sich auf die freie Strecke und bemerkte dort sechs Männer, die ihm zuriefen, er solle sich nicht die Beine brechen, worauf sie die Flucht ergriffen. Bei der Prüfung der Weiche stellte der Beamte fest, daß in die Weiche ein Stück Holz eingeklemmt war, so daß die Weichenstellung nicht funktionierte. Glücklicherweise wurde der angemeldete Zug kurz vor der Weiche zum Stehen gebracht und ein Unglück verhütet.

Neun Ueberseekabel durch Erdbeben zerstört

TU. Neuyork. Zwischen Neuyork und Neuschottland wurde am Montag ein Erdbeben verspürt, das jedoch nicht von großer Heftigkeit war. Trotzdem sind durch das Beben neun von den 21 USA.—Europa-Kabeln gebrochen. Von den neun gebrochenen Kabeln gehören zwei der Western-Union und drei der Kommerzial-Gesellschaft. An der Reparatur wird gearbeitet.

Der kommunistische Vormarsch

Die amtlichen Ergebnisse zu den Provinziallandtagswahlen
Starke Erfolge in Westfalen und Rheinprovinz — Gute Ergebnisse auch in Pommern und Ostpreußen

Provinz Ostpreußen

	1929	1925
Kommunistische Partei	76 322	47 785
Deutschnationale Volkspartei	273 320	315 220
Sozialdemokratische Partei	219 301	171 588
Deutsche Volkspartei	76 136	—
Zentrum	74 250	47 981
Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	35 889	—
Demokratische Partei	24 183	25 148
Christlicher Volksdienst	25 302	—
Nationaler Bauern- und Mittelstandsblock	15 792	—
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	36 580	28 962
Notgemeinschaft der Aufwertler usw.	5 978	—
Polnische Volkspartei	3 200	5 750
Preußisch-litauische Volkspartei	1 878	—

Grenzmark Posen-Westpreußen

	1929	1925	Mand.
Kommunistische Partei	4 961	3 343	— (—)
Zentrum	41 594	34 103	9 (9)
Sozialdemokratische Partei	27 750	17 909	6 (5)
Block der Mitte (Demokraten, Dt. Vp., Mittelstand)	17 374	—	4 (Dt.Vp.2)
Nationaler Block	52 712	—	11 (13)
Nationalsozialisten	7 334	—	— (—)
Polnische Katholische Volkspartei	4 932	4 358	— (—)

Provinz Pommern

	1929	1925
Kommunistische Partei	48 660	32 410
Deutschnationale Volkspartei	344 706	289 157
Sozialdemokratische Partei	258 242	156 348
Deutsche Volkspartei	41 638	35 346
Deutsche Demokratische Partei	26 000	19 451
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	43 818	27 073
Deutschvölkische Freiheitsbewegung und Volksrechtpartei	6 861	—
Mittelstand, Kleingrundbesitz und Arbeit	9 171	—
Mittelstandspartei, Liste Baumann	351	—
Nationales Landvolk	17 740	—
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	34 090	—
Polnische Volkspartei	1 361	—
Wirtschaft	3 785	—
Zentrumspartei	9 207	—

Provinz Hannover

	Stimmen	Mandate
Kommunistische Partei	57 195	4 (5)
Sozialdemokratische Partei	519 673	39 (37)
Deutsch-Hannoversche Partei	166 389	12 (—)
Zentrum	136 624	10 (11)
Deutsche Demokratische Partei	47 743	4 (5)
Volksrechtpartei	9 385	— (—)
Deutschnationale Volkspartei	101 492	8 (8)
Deutsche Volkspartei	126 507	10 (—)
Christlich-nat. Bauern- und Landvolk	55 939	4 (—)
Christlicher Volksdienst	25 142	— (—)
Mittelstandsblock, Handwerk, Haus- und Grundbesitz und Gewerbe	137 864	10 (13)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	104 060	8 (1)
Nationale Front	24 729	2 (—)

Regierungsbezirk Wiesbaden (Kommunallandtag)

	Stimmen	Mandate
Kommunistische Partei	52 670	5 (4)
Sozialdemokratische Partei	168 174	14 (16)
Zentrum	121 229	10 (12)
Deutsche Volkspartei	61 939	5 (3)
Deutschnationale Volkspartei	33 490	3 (4)
Demokraten	29 169	3 (3)
Wirtschaftspartei	34 758	3 (—)
Arbeitnehmergruppe	12 166	— (3)
Christlich-nat. Bauern- und Landvolkpartei	53 629	5 (—)
Christlich-soziale Reichspartei	2 902	— (—)
Evangelische Volksgemeinschaft	14 163	— (—)
Nationalsozialisten	52 573	4 (—)
Unabhängige Sozialdemokraten	715	— (—)
Volksrechtpartei	4 177	— (—)

Rheinprovinz

	1929	1925	Mand.
Kommunistische Partei	398 182	222 262	21 (21)
Zentrum	1 233 302	784 366	64 (72)
Sozialdemokratische Partei	446 289	252 468	25 (23)
Deutsche Volkspartei	250 758	168 618	14 (16)
Deutschnationale Volkspartei	223 965	175 257	12 (16)
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	208 524	61 408	11 (6)
Demokratische Partei	63 336	39 065	4 (4)
Volksrechtpartei	34 308	26 029	— (—)
Block für Bürger und Bodenständige	6 928	—	— (—)
Christl.-nat. Bauern- u. Landvolkpart.	44 623	—	3 (—)
Christlich-soziale Reichspartei	29 433	16 846	— (—)
Christlicher Volksdienst	55 514	—	3 (—)
Deutsche Reformpartei	1 875	—	— (—)
Handwerk, Handel und Gewerbe	3 754	—	— (—)
Haus- und Grundbesitzer	4 741	—	— (—)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	99 709	—	6 (—)
Polenpartei	6 733	4 484	— (—)
Rheinisches Landvolk	2 404	—	— (—)
Unpolitische Liste „Volksbund"	1 553	—	— (—)
Vereinigung für Mieterrecht und Volkswohlfahrt	8 910	—	— (—)
Deutschnationale Volkspartei und Landbund	40 214	—	3 (—)
Deutscher Mittelstand (Wirtschaftspartei)	98 880	—	8 (1)
Deutsche Zentrumspartei	62 025	—	5 (4)
Leninbund	3 283	—	— (—)
Aufwertung und Aufbau	6 436	—	— (—)
Christl.-nat. Bauern- und Landvolkpartei	46 558	—	4 (—)
Christl. volksl. Oeffentlichkeitsdienst	8 992	—	— (—)
Großdeutsche Liste Schmaltz	10 347	—	— (—)
Haus- und Grundbesitzer	15 981	—	— (—)
Kleinbesitz und Handwerk	10 273	—	— (—)
Kommunistische Opposition	4 480	—	— (—)
Nationalsozialisten (Hitler-Bewegung)	98 802	—	7 (—)
Volkswohlfahrtsliste (Mieter, Pächter usw.)	6 018	—	— (—)
Werwolf	8 377	—	— (—)

Provinz Westfalen

	1929	1925
Kommunistische Partei	195 771	135 812
Sozialdemokratische Partei	470 748	331 262
Deutschnationale Volkspartei	133 105	155 527
Deutsche Volkspartei	185 008	170 260
Deutsche Demokratische Partei	53 578	30 750
Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	133 220	92 050
Deutsche Zentrumspartei	693 916	510 910
Christlicher Volksdienst	84 322	—
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	62 411	6 640
Linke Kommunisten (Leninbund)	7 824	—
Christlich-soziale Reichspartei	32 072	—
Christlich-nationale Bauernpartei	46 827	—
Polnische Volkspartei	15 282	11 610

Provinz Sachsen

Kommunistische Partei	219 445	16 (18)
Sozialdemokratische Partei	517 315	37 (34)
Deutschnationale Volkspartei	240 431	18 (12)
Deutsche Volkspartei	138 850	10 (2)
Deutschvölk. Freiheitsbewegung usw.	20 197	— (—)
Demokratische Partei	65 707	5 (5)

Provinz Oberschlesien

	1929	1925	Mand.
Kommunistische Partei	47 828	33 750	5 (5)
Zentrum	226 759	104 518	23 (26)
Deutschnationale Volkspartei	93 190	—	10 (9)
Sozialdemokratische Partei	65 191	34 169	7 (5)
Polnisch-katholische Volkspartei	30 567	29 030	3 (4)
Christl.-nat. Bauern- u. Landvolkp.	25 089	—	3 (—)
Oberschl. Bürger- u. Bauernblock	23 271	—	3 (—)
Nationalsozialisten	12 740	—	— (—)
Mieterpartei	10 631	—	— (—)
Kulturbund Osten	2 021	—	— (—)

*

Die Kommunistische Partei hat nach dem amtlichen Ergebnis seit 1925 in allen Provinzen mit Ausnahme von Sachsen ihre Stimmenzahl erhöht. Sie ist am stärksten in den Industriegebieten, in der Rheinprovinz und in Westfalen, aber auch auf dem Lande zeigen sich, wie das durchaus günstige Ergebnis in den Provinzen Pommern und Ostpreußen zeigt, starke Fortschritte der Partei.

Schlesischer Fememord soll vertuscht werden!

Aus Angst vor Kompromittierung der preußischen Regierung

Breslau, 21. November.

Unter der Ueberschrift „Wendung in der Feme-Affäre" bereitet das „Berliner Tageblatt" vom Dienstag in großer Aufmachung die Oeffentlichkeit auf die Vertuschung des schlesischen Fememordes vor. Sie läßt sich von ihrem Meißner Berichterstatter melden, daß die Rechtsanwälte der Angeklagten Anträge auf Haftentlassung aller drei Angeschuldigten gestellt haben. Begründet wird dieser Antrag mit der Behauptung, der Mörder von Beulwitz hätte gegenüber dem ermordeten Köhler in „Notwehr" gehandelt und aus einer Entfernung von einem Meter den tödlichen Schuß abgegeben. Lampel und Schwenninger hätten nur bei der Bestattung des Köhler mitgewirkt. Das Preußische Justizministerium hat, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, einen eingehenden Bericht über das bisherige Untersuchungsergebnis eingefordert.

*

Vor einigen Tagen haben die gleichen Anwälte Anträge gestellt, in denen sie den Beweis anboten, daß die Angeklagten auf höheren Befehl gehandelt haben. Lampel erklärte ausdrücklich, er habe sich selbst belastet, damit die Befehlshaber veranlaßt werden, sich zu melden. (Er hat natürlich vergeblich gewartet!) Rechtsanwalt Flatow stellte unter Beweis, daß Severing von der Existenz des Mordkorps Oberland gewußt und dieses mit Regierungsmitteln unterstützt hat. Das war für die preußische Regierung offenbar der Anlaß, den Anwälten anheimzustellen, der Verteidigung ihrer Angeklagten eine andere Richtung zu geben. Deshalb hat man jetzt Notwehr konstruiert. Auf diesem Wege soll mit Hilfe des preußischen Justizministeriums die Sache beigelegt werden, um eine nochmalige Kompromittierung der Preußenregierung, wie sie bei verschiedenen anderen Femeprozessen erfolgte, zu verhindern.

Wir werden dieses Manöver durchkreuzen und den Nachweis erbringen, daß schlesische und oberschlesische Fememörder, deren Verbrechen allgemein bekannt sind, sich mit Wissen der Behörden auf freiem Fuße befinden. Wir haben in den letzten Tagen Zuschriften erhalten, die uns in die Lage versetzen,

weitere Fememorde aufzudecken.

Das Material bedarf allerdings noch der Ergänzung. Wir fordern deshalb die gesamte schlesische und oberschlesische Arbeiterschaft auf, uns in unserem Kampf gegen die amtliche Vertuschung der Fememorde durch Beibringung von Material zu unterstützen. Unsere früheren Aufforderungen in dieser Richtung haben bereits einige Erfolge gezeitigt. In den letzten Tagen sind wiederum Zuschriften eingegangen.

Komplott der Heimwehren für die Habsburger

Wien, 19. November. Der heutige „Abend" wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wegen Mitteilungen über ein Einschreiten der jugoslawischen Regierung gegen das Komplott zur Wiedereinsetzung der Habsburger in Jugoslawien, das mit voller Unterstützung der österreichischen Heimwehren inszeniert wurde.

Wachsende Streikbewegung in Frankreich

Nachstehende sehr interessante Angaben über die Streikbewegung der französischen Arbeiter im Oktober sind einer Aufstellung der „Humanité" vom 14. November entnommen:

Insgesamt standen im Oktober 45 448 Arbeiter im Streik. Die Gesamtzahl der Streiks, einschließlich der in den Vormonaten begonnenen, betrug 145. Bemerkenswert ist vor allem die starke Zunahme der Bewegung und ihr von der andauernden Radikalisierung der Massen trotz schärfster Repressalien zeugender Offensivcharakter. So erhöhte sich die Zahl der Streiks und der Teilnehmer von 52 (im Vormonat) auf 93 bzw. von 14 941 auf 45 448. Als Streikursache dominieren Lohnforderungen (104 Streiks) und — was außerordentlich bezeichnend ist — Solidarität (20) mit ihren Klassengenossen. Es folgen Streiks gegen Lohnabbau (7) und für gewerkschaftliche Rechte, gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung (10) usw. Beendet wurden im Oktober 59 Streiks, 63 dauerten noch im November an. In 30 Fällen erzielten die Arbeiter einen vollen Erfolg, in 13 unterlagen sie.

Die Streikbewegung erfaßte alle wichtigen Industrien, so die Metall-, chemische, Bekleidungs-, Lebensmittel-, Textilindustrie, das Transportwesen, Baugewerbe, den Handel, öffentliche Betriebe usw. Die größte Zahl der Streikteilnehmer entfällt mit 15 450 auf die Hafenarbeiter.

Sieg der politischen Gefangenen in Finnland

Helsingfors, 20. November. Die Regierung hat heute mit den Vertretern der politischen Gefangenen im Zuchthaus zu Ekenäs verhandelt. Die Verhandlungen endeten mit einem vollen Erfolg der Hungerstreikenden, deren Forderungen von der Regierung restlos bewilligt werden mußten.

Dieser Ausgang ist mehr als ein lokales Ergebnis, es ist ein Sieg der klassenbewußten finnischen Arbeiterschaft, die den Kampf der Hungerstreikenden durch Massenkundgebungen und einen befristeten Generalstreik wirksam unterstützt hat. Ohne diese Unterstützung hätte die Regierung nicht nachgegeben. Das hat sie durch ihre ganze Haltung deutlich bewiesen. Sie hat alle schriftlichen Proteste der politischen Gefangenen als unbegründet abgewiesen, hat ihre Klagen nicht einmal einer Prüfung unterzogen, sie ließ sich auch nicht durch den Hungerstreik bewegen, eine andere Haltung einzunehmen, und noch vor ein paar Tagen hat sie die zwangsweise Ernährung der Hungernden beabsichtigt.

Die Tatsache, daß sie sich so schnell umstimmen ließ, zeigt, daß der Generalstreik des Gewerkschaftsbundes trotz der Sabotage der Sozialdemokraten gewirkt hat. Und das ist die beste Widerlegung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressemeldungen, die wenigstens im Auslande von einem Generalstreik nichts gemerkt haben wollen.

Tagung des Plenums des ZK. der KP. der Sowjetunion

Moskau, 19. November.

Vom 10. bis 17. November tagte das Plenum des ZK. der KP. der Sowjetunion und behandelte folgende Fragen: 1. Die Direktiven über die Kontrollziffern für das Wirtschaftsjahr 1929/30; 2. Die Ergebnisse und weiteren Aufgaben des Kollektivwirtschaftsaufbaues; 3. Bericht des ZK. der KP. der Ukraine über die Arbeit im Dorfe; 4. Ueber das Volkskommissariat für Landwirtschaft; 5. Ueber die Ausführung der Beschlüsse des Juli-Plenums des ZK. (1928) über die Vorbereitung technischer Kaders. Außerdem prüfte das Plenum die Frage der Anhänger der rechten Abweichung (Gruppe Bucharin). Ausgehend vom Beschluß des 10. EKKJ.-Plenums über die Fehler des Genossen Bucharin und über seine Entfernung aus dem Präsidium des EKKJ., in Anbetracht dessen, daß die Führer der rechten Abweichler (Bucharin, Rykow, Tomski) sich bisher von ihren Irrtümern nicht losgesagt haben, beschloß das Plenum, Bucharin als Ideologen der rechten Abweichung aus dem Polit-Büro des ZK. der KPSU. zu entfernen, den übrigen die Warnung zu erteilen, daß, im Falle des geringsten Versuches ihrerseits, einen Kampf gegen die Linie und die Beschlüsse des EKKJ. und des ZK. der KPSU. fortzusetzen, die Partei gegen sie organisatorische Maßnahmen treffen wird.

Die Mitglieder des ZK. Kotow, Michailow, Uglanow und Kullikow haben dem Plenum ihren Bruch mit der rechten Abweichung kundgegeben.

Das Plenum hat die Einberufung des nächsten Parteitages für Mai 1930 anberaumt. Das Plenum wählte den Leiter der politischen Verwaltung der Roten Armee, Gamarnik, in das Org.-Büro des ZK. der KPSU. und Genossen Schwernik zum Ersatzmitglied des

Nummer 9 / 10. Jahrgang

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Ausschluß der Sowjetgenossenschaften

Aufnahme der Faschisten in den IGB.

Seit Jahren führen die Genossenschaftsreformisten den schärfsten Kampf für den Ausschluß der Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. Die deutschen reformistischen Führer haben dabei die aggressivste Politik gegen die bolschewistischen Genossenschaften betrieben und durch ihre Diskreditisierungskampagne in der Presse und ihre unverschämten Vorstöße in den Sitzungen des IGB. die Reformisten der anderen Länder übertrumpft.

Während die Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. herausgeschmissen werden sollen, wachsen unter den reformistischen Genossenschaftsführern die Bestrebungen für die Aufnahme der faschistischen Genossenschaften Mussolinis in den Bund. Seit Monaten finden in der Genossenschaftspresse eifrige Diskussionen für die Aufnahme der Faschisten statt.

Die Verbrüderung der Genossenschaftsreformisten mit dem Faschismus geht soweit, daß in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom Februar d. J. erklärt werden konnte, die reformistischen italienischen Genossenschaften **hätten ihr „Schicksal" selbst verschuldet, weil sie nicht immer politisch „neutral" gewesen seien.** Die Zerstörung der reformistischen Genossenschaften durch Mussolini wurde also damit entschuldigt, daß die Faschisten nur der Not gehorchend gegen die reformistischen Genossenschaften vorgehen mußten. Die deutschen reformistischen Führer haben sich damals noch formal von dieser faschistischen Propaganda des Direktors der Budapester Genossenschaft abgegrenzt und erklärt, daß die faschistischen Genossenschaften ebensowenig wie die Sowjetgenossenschaften in den IGB. gehören. Dieses Vorgehen der Kasch und Konsorten war **nur ein taktisches Manöver,** das nicht allzulange aufrechterhalten werden konnte.

Jetzt haben auch die deutschen Reformisten offen ihr sozialfaschistisches Gesicht gezeigt. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 24. August wird von den Zentralinstanzen der Weißgardist Olberg vorgeschickt, der die Propaganda für die Aufnahme der Faschisten in den IGB. einleitet. Er erklärt wörtlich:

„Ohne weiteres, von vornherein könnte sie (die Aufnahme der Faschisten. D. R.) nach meiner Meinung nicht abgelehnt werden. Es wäre bei der Entscheidung genau nachzuprüfen, welche Stellung die maßgebenden Organe der Genossenschaften zu den Gewaltmethoden des Faschismus einnehmen und wie sie die Genossenschaftsprinzipien in der Praxis verwirklichen."

Olberg ist also für die sofortige Aufnahme der Faschisten in den IGB., ihn macht nur die Frage Sorgen, wie eine „geschickte" Begründung für diesen Schritt gefunden werden soll. Nur deshalb wird eine Untersuchung über die Tätigkeit der faschistischen Genossenschaften verlangt. Es konnte auch keinen Zweifel über die Stellung der deutschen reformistischen Führer geben. **Gerade sie brauchen die Faschisten im IGB. als Bundesgenossen gegen die Sowjetgenossenschaften.**

Auch der russische Emigrant Totomianz führt in der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis" vom 1. September das Wort für die Faschisten. Er findet, daß in **Sowjetrußland die reformistischen Genossenschaftsführer viel schlechter behandelt worden sind als in Italien,** wo sie auch unter dem Faschismus noch „Ansehen" genießen. Natürlich hat Totomianz völlig „vergessen", wie die russischen Emigranten gegen den Arbeiter- und Bauernstaat gekämpft haben und wie sich ihre reformistischen italienischen Freunde völlig mit dem Faschismus aussöhnen. Totomianz schreibt u. a. folgendes:

„Deshalb sind die Vorurteile, die manche ausländischen Genossen der neuen italienischen Genossenschaftsbewegung entgegenbringen, in den meisten Fällen unbegründet, und es ist noch sehr die Frage, wer den westeuropäischen Genossenschaften näherkommt, **die in den internationalen Genossenschaftsbund aufgenommenen sowjetrussischen Genossenschafter oder aber diejenigen des neuen Italien, die von diesen nicht aufgenommen wurden."**

Auch das ist ein **klares Bekenntnis für die Faschisten.**

Die Zahl der Befürworter unter den reformistischen Führern für die Aufnahme der Faschisten in den Internationalen Genossenschaftsbund wird immer größer. Für die übrigen Sozialfaschisten ist es nur eine taktische Frage, wie weit sie sich schon jetzt auch ganz offen mit den Faschisten im IGB. verbinden wollen. **Auch ohne die formale Zugehörigkeit der Faschisten zum IGB. betreiben die reformistischen Genossenschaftsführer eine sozialfaschistische Politik.** Die Preisgabe der Klasseninteressen der Genossenschaftsmitglieder, die Beteiligung der Reformisten am Zoll- und Steuerraub ihrer Regierungen, beim Abbau der Erwerbslosenunterstützung, die Verweigerung der proletarischen Klassensolidarität in Arbeiterkämpfen, die völlige Aussöhnung mit den kapitalistischen Trusts, die Beteiligung an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion — all das sind untrügliche Beweise für die reformistische, klassenverräterische und sozialfaschistische Politik der Genossenschaftsbürokratie.

Die revolutionären Genossenschafter führen den schärfsten Kampf gegen den Ausschluß der Sowjetgenossenschaften aus dem IGB. und gegen die Aufnahme der Faschisten in den Bund. Dieser Kampf ist aber nur ein Stück des Kampfes gegen die reformistische Verratspolitik auf allen Gebieten.

Eingeständnisse eines Reformisten

Ausschluß von Merseburg ungesetzlich — auch die Ungültigkeitserklärung der Oppositionslisten in Berlin

Im Kampfe gegen die revolutionäre Opposition verwenden die reformistischen Führer ständig das Argument, daß eine Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine auch „gesetzlich" unmöglich sei. Vor allem droht der selbstherrliche Diktator Kasch allen Konsumvereinen den Ausschluß aus dem Verbande und als gemeiner Denunziant sogar ihre Auflösung durch die Klassenjustiz an, wenn sie ihre proletarischen Pflichten erfüllen. Der Konsumverein **Merseburg** wurde z. B. aus dem Verbande ausgeschlossen, weil er den kämpfenden Hüttenarbeitern proletarische Klassensolidarität bewies.

In einem Artikel der „Gemeinwirtschaft" vom September, „Vertreterwahl und Genossenschaftsdemokratie" stellt sich **Bergmann** auf den Standpunkt, daß die Hamburger Reformisten die Klassenjustiz mit Unrecht zu Hilfe rufen. Er schreibt u. a. wörtlich:

„. . . und die gelegentliche Verwendung von Genossenschaftsgeldern für allgemeine, nicht auf die Mitglieder beschränkte Sozialpolitik steht seit den Novellen zum Genossenschaftsgesetz vom 1. Juli 1922 und 12. Mai 1923 . . . **den Genossenschaften frei,** so daß auch aus der Beteiligung von Streikversammlungen, einer der Hauptforderungen politisch eingestellter Genossenschafter, **Rechtsnachteile** (die Auflösung nach § 81 Gen.-Ges. wegen Verfolgung anderer als der in § 1 bezeichneten geschäftlichen Zwecke) **nicht drohen."**

Und weiter gesteht **Bergmann:**

„Es muß demnach sehr fraglich erscheinen, ob die ‚Unterstützung wirtschaftlicher Kämpfe anderer Organisationen' die Genossenschaften nach § 1 und 81 des Gen.-Ges. der Gefahr der Auflösung aussetzen, wie es der Beschluß des Generalrates des Zentralverbandes annimmt. Mißlich ist es in jedem Falle, eine Entscheidung, die der Ueberlegung der Genossenschafter zusteht, auf Drohungen des Gesetzes zu stützen; und es wäre eine Ueberprüfung der Auslegung des § 81, insbesondere im Hinblick auf die mehrfachen Aenderungen des § 1 nicht ohne Vorteil."

Bergmann ist nicht für die Erfüllung der proletarischen Klassenaufgaben der Konsumvereine, er will nur, daß die Reformisten ihrem Vorgehen gegen die Opposition keine „gesetzliche Begründung geben, so weit sie nicht aus den Paragraphen herausgelesen werden kann. Damit schließt sich dieser Sozialdemokrat unserer Auffassung an, daß bei dem Ausschluß des Konsumvereins Merseburg **keine Berufung auf Genossenschaftsgesetz und Statut möglich ist,** sondern daß er ein rein politischer Gewaltakt ist, um die Herrschaft der SPD. in den Genossenschaften aufrechtzuerhalten.

Bekanntlich hat im Januar dieses Jahres die reformistische Bürokratie **in Berlin 226 Vorschlagslisten der Opposition für ungültig erklärt und unter erneutem Druck von Gesetz und Statut sozialdemokratische Parteifunktionäre als „Delegierte der Generalversammlung" selbstherrlich eingesetzt. Bergmann** nimmt auch dazu in seinem Artikel Stellung und schreibt:

„Bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend wurden letzthin von 400 eingereichten Vorschlagslisten 226 für ungültig erklärt. Der Erhaltung genossenschaftlicher Treue würde es eher dienen, wenn man zur Mängelbeseitigung eine angemessene Frist nach Aufforderung setzte (hierfür vorbildlich Halle § 21: 8 Tage Frist nach Aufforderung), zumal ja die Rechtsungültigkeitserklärung von Minderheitslisten, selbst **wenn sie einmal nicht rechtswidrig ist,** immer wieder auf die Betroffenen den Eindruck genossenschaftswidriger Parteilichkeit macht."

Bergmann nimmt also als ganz **selbstverständlich** an, daß **das Vorgehen der Reformisten gegen die Opposition in der Regel „rechtswidrig"** ist. Er kann nicht einmal einen sozialdemokratischen Konsumverein nennen, in dessen Statuten den Mitgliedern noch gewisse Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden und muß deshalb als Vorbild den von der KPD. beherrschten Konsumverein **Halle** bezeichnen. Ohne sich klar und eindeutig zu der Ungültigkeitserklärung der Oppositionslisten zu äußern, läßt auch hier Bergmann ohne weiteres durchblicken, daß die Ungültigkeitserklärung der Vorschlagslisten gesetz- und statutenwidrig war.

In dem Artikel werden aber von den Sozialdemokraten auch einige andere Tatsachen eingestanden, die die Opposition schon seit Jahren ständig festgestellt hat. Bergmann gibt zu, daß das „aktive Interesse der Mitglieder an der Genossenschaft" nur **„gering"** ist. An den Vertreterwahlen beteiligten sich nach seiner Darstellung nur 20 Prozent der Mitgliedschaft. Die Zahl der Mitgliederversammlungen findet er **„erschreckend gering"** und führt dafür viele konkrete Beispiele an. Auch die große Passivität der Frauen gesteht er ein, und vieles andere.

Bei den Wahlen sichern sich die Reformisten durch sozialfaschistische Methoden ihre Mehrheiten. Auch dafür führt Bergmann wertvolle Beispiele an, **wie die unrichtige Abgrenzung der Wahlbezirke, oder die Ausschaltung des Stimmrechts vieler Mitglieder,** das ihnen nach **Gesetz** und Statut zusteht. Durch die falsche Einteilung der Wahlbezirke entfielen z. B. in Berlin jeweils auf 71 oder 168, 116, 125, 15, 81, 179 Mitglieder je ein Vertreter. B. befürwortet deshalb den **Einheitswahlkreis,** den heute die reformistisch geleiteten Konsumvereine nicht haben, sondern nur die unter kommunistischer Leitung stehenden Vereine **Halle, Schwarzenberg** usw., auf die sich Bergmann beruft.

Bergmann geht bei seiner „Kritik" von dem Bestreben aus, die Genossenschaften zu „entpolitisieren". **Er empfiehlt eine bessere „Genossenschaftsdemokratie" als Lösungsmittel seiner „Entpolitisierung".** Diese Auffassung ist natürlich falsch. Die Konsumvereine dürfen keine Genossenschaftsgeschäfte und Bollwerke sozialdemokratischer Parteipolitik bleiben, sondern müssen proletarische Klassenkampforgane werden. Solange die Konsumvereine von den reformistischen Führern zum Klassenverrat mißbraucht werden, solange muß die revolutionäre Opposition den schärfsten Kampf um die Eroberung der Konsumvereine führen. Eine Reihe von Eingeständnissen von Bergmann sind zweifelsohne sehr richtig. Die Hamburger Bürokratie wird sofort eine Hetzkampagne gegen ihn beginnen, **obwohl er sich mit ihnen völlig einig ist und nur andere Methoden des Kampfes gegen die revolutionäre Opposition wünscht.** Bergmann übersieht völlig, daß die Streitfragen zwischen den Reformisten und der Opposition keine „gesetzlichen", sondern politische Kampffragen sind. Das werden ihm seine Freunde lehren. Wo die „demokratische" Maske die Aufrechterhaltung der Positionen der SPD. in den Konsumvereinen gefährdet, wendet die Bürokratie offene **sozialfaschistische Methoden an,** wie es das Vorgehen gegen Merseburg und die terroristischen Gewaltakte in Berlin zeigen. Die Opposition führt den schärfsten Kampf gegen diesen sozialfaschistischen Kurs der Genossenschaftsbürokratie für die Umgestaltung der Konsumvereine zu proletarischen Klassenorganen, weil auch dann erst eine wirkliche proletarische Mitgliederdemokratie möglich ist.

Die „Förderung" der Konsumvereine durch die sozialdemokratische Kommunalpolitik

Die Reformisten betrachten die Genossenschaften als eine der Säulen der „Wirtschaftsdemokratie". Durch diese „Wirtschaftsdemokratie" soll mit der Entwicklung der Genossenschaften, der eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, der Kommunalisierung und Verstaatlichung, das Hineinwachsen in den sozialistischen Zukunftsstaat erfolgen. Wir wollen uns hier nicht weiter mit dem Unsinn der „Wirtschaftsdemokratie" beschäftigen, die keinem weiteren Zwecke dient, als den politisch ungeschulten Arbeitern einen neuen Idol zu geben, wie Tarnow auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß sagte.

In dem sozialdemokratischen Organ **„Die Gemeinde", Nr. 20,** Jahrgang 1928, sind die **kommunalpolitischen Richtlinien der SPD.** veröffentlicht. Man sollte nun annehmen, daß nach der Theorie der „Wirtschaftsdemokratie" den Konsumvereinen eine **große Rolle beigemessen wird. Aber weit gefehlt. Nach diesen Richtlinien verschwinden die Genossenschaften völlig oder sollen zu Anhängseln der Gemeinden gemacht werden. Diese Richtlinien** müssen in ihrem ganzen Charakter als das SPD.-Kommunalprogramm betrachtet werden. Was dort im einzelnen gefordert wird, steht natürlich im Gegensatz zur täglichen Politik der SPD. in den Gemeinden. Auch soweit dieses „Programm" **Gebiete der Konsumgenossenschaften berührt, steht dieses im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit.** So wird in dem Abschnitt „Forderungen an die Gesetzgebung" und in dem Abschnitt „Gemeindesozialismus" die **Kommunalisierung der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung gefordert.** Unter Abschnitt **„Lebensmittelversorgung"** heißt es dann weiter:

„Organisatorischer Zusammenschluß der Gemeinden mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher zwecks Versorgung der Einwohner mit guten und preiswerten Lebensmitteln."

Wir wollen uns mit der Feststellung begnügen, daß, wie in allen anderen Punkten des „Programms", es sich auch in diesem Punkte um hohle Phrasen handelt. Immerhin hätte man annehmen sollen, daß die Genossenschaftssozialisten es sich verbeten hätten, daß hinsichtlich ihrer Bewegung solche, mit ihrer Tätigkeit in Widerspruch stehenden Formulierungen hineingekommen wären. **Aber das Durcheinander in der SPD., die Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten sind so groß, daß es scheinbar nichts mehr ausmacht, wenn der für die Augen der Arbeiter als Sand bestimmte Unsinn zum größten Blödsinn wird.**

Genossenschaftliche Rundschau

Praktische Solidarität des Konsumvereins Merseburg. Der Konsumverein Merseburg, der wegen Unterstützung der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen aus dem Verbande ausgeschlossen wurde, hat den im schweren Kampf befindlichen **Steinarbeitern in Wildschütz** proletarische Solidarität bewiesen. Er hat einige Lebensmittelverteilungen durchgeführt.

Steuerbelastung der Konsumvereine und des Einzelhandels. Eine Reihe Kleinhändler behaupten ständig, daß die Konsumvereine überhaupt keine Steuern zahlen bzw. große Steuererleichterungen genießen würden. Die „Produktion" in **Hamburg** hat deshalb jetzt einen **Vergleich** angestellt, in welcher Weise sie mit dem Jahresumsatz von 77 Millionen Mark im Jahre 1928 zu den Steuern herangezogen wurden, im Gegensatz zu 750 Einzelhändlern, auf die der Umsatz der „Produktion" verteilt wurde. Während die „Produktion" 1 780 937 Mark an Steuern zahlen mußte, hatten die Kleinhändler nur 873 803 Mark aufzubringen. **Die Mehrbelastung der „Produktion" betrug also 907 134 Mark oder 102,6 Prozent.** Soviel Tribut verlangt der kapitalistische Staat mit seiner Koalitionsregierung, den Hilferding, Müller usw., von den Konsumvereinen.

Neuer Zollwucher. Die Großagrarier, denen die Koalitionsregierung in den letzten Monaten bereits einen beträchtlichen Teil ihrer Wünsche erfüllt hat, sind wieder mit **neuen Zoll- und Kreditforderungen auf den Plan getreten.** Die Junker der „grünen Front" verlangen u. a. auch die **Erhöhung der Zölle auf Vieh, Fleisch** und **Butter.** Auch eine andere Preisgestaltung der **Kartoffeln** soll durch die Errichtung einer Zentralstelle für Kartoffelverwertung erreicht werden. Ueberall muß der schärfste Kampf gegen die neuen Pläne der Großagrarier und den Zoll- und Steuerraub der Koalitionsregierung geführt werden.

Konsumverein Bochum unterstützt die IAH. Der Konsumverein **Bochum** hat für neun Kinder von Genossenschaftsmitgliedern, die in Sommerlagern der Internationalen Arbeiterhilfe untergebracht waren, den Betrag von je 35 Mark, insgesamt 315 Mark, zur Verfügung gestellt. Diese Unterstützung erfolgte natürlich aus reformistisch-geschäftlichen Gründen und nicht aus proletarischer Klassensolidarität. Aber schon die Zusammenarbeit mit der IAH. wird den Bochumer Sozialdemokraten einen schweren Rüffel der Hamburger Instanzenclique einbringen.

„Wie sich die „Förderung" der Konsumgenossenschaftsbewegung in kommunistischen Köpfen malt." Die Genossenschaftsbürokratie hat wieder einmal großes **Glück gehabt.** In der „Rundschau" vom 14. September veröffentlicht sie wörtlich den **Arbeitsplan des ZK. der KPD. für die Genossenschaftsarbeit vom September und Oktober.** Damit wird dem Material eine weitgehende Verbreitung zuteil, für die wir den Reformisten nur unseren Dank abstatten können. Zeigen doch auch die in dem Arbeitsplan behandelten Fragen erneut, wie ernstlich sich die KPD. bemüht, die Konsumvereine aus Bollwerken des Reformismus zu proletarischen Klassenfaktoren zu machen, die ihre ernsten und schweren Aufgaben wirklich erfüllen.

Breslau

Funktionärsitzung Groß-Breslau

Kommenden Sonntag, pünktlich 10 Uhr, Konferenz sämtlicher Funktionäre der Stadtteile und der zum Unterbezirk Breslau gehörenden Ortsgruppen. Lokal wird morgen bekanntgegeben. Vertreter des Zentralkomitees ist anwesend.

Nazi-Krawall in einer Schülerversammlung

Die „Breslauer Zeitung" berichtet: Zu einem skandalösen Vorfall kam es in den Nachmittagsstunden des Montags in der Viktoriaschule auf der Blücherstraße. In dieser Schule sollte eine Veranstaltung der zwanglosen Arbeitsgemeinschaft von Schülern und Schülerinnen mehrerer höherer Lehranstalten stattfinden, bei der unter Leitung eines Studienrats der Gerhart-Hauptmann-Oberrealschule über das Thema „Schule und Politik" diskutiert werden sollte. Als der Studienrat zu der Sitzung erschien, war der zur Verfügung stehende und sonst stets ausreichende Raum vollkommen überfüllt, so daß der Oberstudiendirektor der Viktoriaschule im Ueberlassung eines größeren Raumes gebeten werden mußte. Es wurde nunmehr die Aula der Anstalt zur Verfügung gestellt. Zu den übrigen Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft hatten sich etwa hundert andere Schüler höherer Lehranstalten und einige Studenten eingefunden. Die außerhalb der Arbeitsgemeinschaft stehenden Schüler und Studenten waren offensichtlich von einer hakenkreuzlerischen Partei in diese Versammlung geschickt worden.

Wir erfahren zu der Meldung noch, daß die Hakenkreuzstrolche wüsten Lärm machten und mit nicht zu überbietenden Beschimpfungen den „Breslauer Sozialistischen Schülerbund" wie auch die Kommunistische Partei belegten. Anstatt dieses Gesindel hinauszuwerfen, diskutierte man mit den Burschen noch, die selbstverständlich die Gelegenheit zu weiteren Skandalszenen benutzten. Es handelte sich größtenteils um Bengels, die das Magdalenengymnasium besuchen.

Die „Roten Bergknappen"

die oberschlesische Theatertruppe, spielen am Sonnabend, dem 23. November, in den Zentralballsälen, bei der Veranstaltung der Arbeiterwehr Breslau-Odertor. Außerdem Konzert. Große Verlosung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Ueber den Zwischenfall in der Wahlnacht

bei dem Sozialdemokraten angeblich von Kommunisten überfallen wurden und ein SPD.-Mann von unseren Genossen „totgeschlagen" worden sein soll, haben unsere Ermittlungen aufsehenerregendes Material zutage gefördert. Wir werden dieses morgen veröffentlichen und dabei auch die unerhörten Denunziationen der „Volkswacht", die sich gegen die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" richten, beantworten.

Die „Volkswacht" verteidigt Faschisten-Ueberfall auf Kommunisten

In den „Neuesten Nachrichten" und in der „Volkswacht" befanden sich am Mittwoch Berichte über einen Zwischenfall, der sich zwischen einigen unserer Genossen und angeblich „harmlosen Straßenpassanten" zugetragen haben soll. Wir erfahren dazu folgendes: Die Genossen Wollweber, Ullrich, Preiß und Brodde gingen durch die Taschenstraße in der Richtung zum Bahnhof. Zwei Genossen, die etwas zurückgeblieben waren, gerieten mit zwei Faschisten in eine Auseinandersetzung, wobei einer der letzteren eine Ohrfeige erhielt. Blödsinnig ist die Bemerkung, der Zwischenfall wäre dadurch entstanden, daß unsere Genossen die beiden Kerls um Zigaretten angehalten hätten. Tatsache ist, daß unsere Genossen die beiden als Faschisten erkannten, die sich besonders eifrig an der Agitation für das Volksbegehren beteiligt hatten. Die Ohrfeige, die der eine erhielt, war die Antwort auf eine freche, provozierende Bemerkung. Dieser an sich harmlose Zwischenfall war schon längst vorbei, als an der Lieblichshöhe von ganz anderen Personen, und zwar von Hakenkreuzlern, die zirka 15 Mann stark waren, unsere Genossen regelrecht überfallen wurden. Die faschistischen Banditen schlugen mit Stahlruten, Schlagringen und Gummiknüppeln auf unsere Genossen ein. Der Genosse Wollweber erhielt einen Schlag mit einer Stahlrute quer über das Gesicht, sowie durch zwei Diebe mit Schlagringen Verletzungen am Kinn und an einem Auge. Der Genosse Brodde wurde so erheblich verletzt, daß er im Polizeigefängnis, in das er eingeliefert wurde, sogar dem Arzt vorgeführt werden mußte. Die „harmlosen Straßenpassanten", die von der „Volkswacht" als von Kommunisten überfallen bezeichnet wurden, waren also mit Mordwaffen ausgerüstete Faschisten. Eine feine Kumpanei, zu deren Verteidigung sich dieses angebliche Arbeiterblatt bereit findet. Daß es sich tatsächlich um Faschisten handelt, ging daraus hervor, daß diese Helden angaben, unsere Genossen hätten Hitler beleidigt. Auf der Wache erklärte einer der sistierten Faschisten, er habe bis jetzt schon so viel Strafen wegen Körperverletzung abbrummen müssen, daß er auch einmal eine für Hitler absitzen könne. Bei der polizeilichen Vernehmung hat die Polizei sich den Vorgang einfach von den angreifenden Faschisten erzählen lassen. Unsere Genossen wurden überhaupt nicht gefragt. Wahrscheinlich aus Liebe zu diesen Polizeimethoden, die ja immer durch sozialdemokratische Blätter verteidigt werden, hat die „Volkswacht" den unwahren Bericht veröffentlicht. Sie befindet sich damit in der ihr auch zukommenden Gemeinschaft mit faschistischen Straßenbanditen.

An alle der „Ifa" angeschlossenen Organisationen!

Donnerstag, den 21. November, findet um 20 Uhr im „Artikusgarten", Neue Gasse 25, die erste Vertreterversammlung der „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur" statt. Alle der „Ifa" angeschlossenen Organisationen werden ersucht, einen Vertreter zu senden.

Der Mord bei Wartha-Frankenberg. Aus Anlaß des am Sonntag auf der Chaussee nach Oberschwedelsdorf bei Glatz an einem Mädchen verübten Notzuchtverbrechens ist in eine eingehende Prüfung getreten worden, ob der festgenommene Täter, der in Glatz sitzt, auch für den Mord in Wartha-Frankenberg in Frage kommt. Nach den getroffenen Feststellungen durch den Oberstaatsanwalt in Glatz, in dessen Händen das gesamte Ermittlungsverfahren liegt, scheidet der Täter für diesen Mord aus. Er hat sein Alibi für die Tatzeit nachweisen können. Die Meldung, daß zwei Jugendliche, die unmittelbar vor der Tat eine verdächtige Person in der Nähe des Tatortes beobachtet haben wollen, und der von vornherein den Umständen nach eine gewisse Bedeutung beigemessen werden mußte, hat sich als harmlos aufgeklärt. Der fragliche Mann, der sich in der Nähe des Tatortes aufgehalten hat, ist ermittelt worden. Es handelt sich um einen Arbeiter aus der Umgegend, der auf einen vom Bahnhof kommenden Reichswehrsoldaten wartete. Er ist mit der Tat nicht in Zusammenhang zu bringen.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Helft den politisch-proletarischen Gefangenen,

helft den Arbeitern, die in Kürze von der Klassenjustiz gerichtet werden sollen, indem ihr die

Fünfjahrkundgebung der RHD., Ortsgr. Breslau,

die im „Zentral-Ballsaal", Westendstraße 50/52, am **Freitag, dem 22. November 1929, 20 Uhr,** stattfindet, restlos besucht. Der Reinertrag wird für die oben angegebenen Zwecke verwendet. – Aus dem Programm: **Ansprache eines Berliner Genossen / Auftreten der bekannten Theatergruppe „Die Roten Knüppel" mit neuem Programm / Gesangschor „Eos" / Musikkapelle Scheiting mit neuen Musikstücken / Neue Rezitationen der Genossen Keim und Paryla. —**

Uebt Solidarität! Erscheint in Massen!

Eintrittspreise: Vorverkauf 40 Pf., Erwerbslose 25 Pf. Karten sind zu bekommen bei jedem Zeitungskolporteur, Partei- und RH-Funktionär und im Büro der RH., Freiheitsgasse 2. – Kassenöffnung 18, Anfang 19 Uhr.

VfL.-Breslau schlägt VfB.-Brieg

Kommenden Sonntag Endspiel um die Fußball-Bezirksmeisterschaft

Im Wiederholungsspiel um die Bezirksmeisterschaft standen sich in Ohlau vor reichlich 1000 Zuschauern die Rivalen des 10. Novembers gegenüber. VfB. trat in alter Besetzung an, während VfL. den linken Läufer und Halbrechts neu besetzt hatte. Der Sieg der VfL.er stand bereits in der ersten Halbzeit fest. Mit großem Kampfeifer waren die Lilagelben diesmal bei der Sache. Nun stehen sich am Sonntag wiederum die beiden Gruppenmeister Breslaus gegenüber, um den Besten zu ermitteln. Man darf mit Recht gespannt sein, ob VfL. den letzten Sieg wiederholen wird.

Der Spielverlauf: Ueberraschend ist das überschnelle Tempo, das Brieg vorlegt, und VfL. vorläufig zu starker Abwehr zwingt. Langsam bringt VfL. mehr System in den eigenen Sturm, kann aber die starke Hintermannschaft des Gegners nicht überwinden. Da keiner Mannschaft zunächst zählbare Erfolge gelingen, wird das Spiel äußerst nervös. Brieg erzwingt eine Ecke, die erfolglos bleibt. Die Gegenseite verfehlt ebenfalls zwei Ecken. Erst die dritte Ecke bringt VfL. das erste Tor, als der Halblinke plötzlich an den Mittelstürmer flankte, der unhaltbar einköpft. Bald ist der zweite Erfolg fällig, als bei einem entstehenden Gedränge der Rechtsaußen VfL.s schnell am Ball ist und einsendet. Bei diesem Tor hat der sonst gute Tormann Briegs die größte Schuld. 2:0 für VfL. ist das Halbzeitergebnis! Die zweite Halbzeit steht fast ganz im Zeichen VfL.s. Viel Pech im Schießen verhindert aber weitere Erfolge. Brieg, das sich fast nur auf Einzeldurchbrüche beschränkte, endet regelmäßig an der Verteidigung. Dann erhält VfL. einen Strafstoß zugesprochen, den der Verteidiger mit einem Bombenschuß aufs Tor jagt. Am herauslaufenden Tormann vorbei saust der Ball ins Tor, damit den Sieg der Breslauer sicherstellend. Die folgende Zeit spielt VfL. verhalten. Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Zu den Mannschaften: Brieg zeigte die alte, schnelle Spielweise, die wohl vor dem Tor des Gegners brenzlige Sachen schaffte. Die Unentschlossenheit des Sturmes im Ausnutzen der gegebenen Gelegenheiten war jedoch nicht zu überbieten. Besonders fielen diesmal der Mittelläufer und der Rechtsaußen ab. — VfL., mit veränderter Aufstellung antretend, hatte während des ganzen Spieles eine kleine Ueberlegenheit zu verzeichnen. Eine hervorragende Leistung bot der linke Läufer. Das Verständnis des Sturmes war bedeutend besser wie bei den letzten Spielen.

Am Sonntag wird auf dem Sparta-Platz ein Spiel ganz großen Formats geboten werden, denn Stern wird alles daransetzen, um nicht ein zweites Mal zu verlieren.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— **Stadtteil Nord.** Morgen, Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Stadt Namslau", Matthiasstraße.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— **Ost.** Heute Buchkontrolle im „Webschloß". Alles muß mit Beitragsgeld und Mitgliedsbuch erscheinen.

— **Gruppe Nord.** Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung Trebnitzer Straße 50.

Jung-Spartakus-Bund.

Breslau

— **Gruppe sozialistischer Schüler.** Dienstag fällt aus. Donnerstag 19,30 Uhr Cecilienschule, Taschenstraße, Mitgliederversammlung.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau.

— Heute Donnerstag 20 Uhr im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße, Proben zur Bundesgründungsfeier. Alle Genossinnen des RFMB. müssen restlos erscheinen.

Sonstige Organisationen.

Breslau

— **Tuberkulosen-Bund, Pöpelwitz.** Freitag 19,30 Uhr in Baudachs Festsälen (Vereinszimmer). Referent Kamerad Wendler. Interessenten willkommen.

Freiburg. Metallarbeiter. Donnerstag 19,30 Uhr im „Blücher" in Polsnitz Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

„Der stille Don"

Kosakenroman

von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

15)

Die Männer wurden vor Hitze und vom Schnaps heiser. Ueber den langen Reihen der gedeckten Wagen wogte ein duftender, aufreizender Wind, in der Ferne pfiffen Ziesselmäuschen.

Eine Woche vor Beginn der Manöver kam zu Iwan Tomilin seine Frau. Sie brachte hausbackenes, weiches Milchbrot und andere Leckerbissen und einen Haufen von Dorfneuigkeiten.

Am nächsten Tag reiste sie in aller Frühe ab, nahm von den Kosaken Grüße und Aufträge für ihre Angehörigen mit. Nur Stepan Astachow hatte ihr nichts aufgetragen. Am Tage vorher war er krank geworden, kurierte sich mit Schnaps und konnte in diesem Zustand nicht nur Tomilins Frau, sondern auch die ganze weite Welt nicht sehen. Er ging nicht zum Dienst. Auf seine Bitte ließ der Feldscher ihn zur Ader und setzte ihm ein Dutzend Blutegel auf die Brust. Stepan saß im Hemd, an das Wagenrad gelehnt, seine weiße Mütze, die voller dunkler Flecke von Wagenschmiere war, auf dem Kopf. Mit vorgeschobener Lippe sah er zu, wie die Blutegel sich in die Halbkugeln der Brüste einsogen und von dem schwarzen Blut dick aufquollen, immer breiter wurden.

Neben ihm stand der Regimentsfeldscher, rauchte und fragte, den Rauch durch die weit auseinanderstehenden Zähne blasend:

„Geht's besser?"

„In der Brust zieht's. Aber ums Herz geht's besser."

„Blutegel sind das beste Mittel!"

Tomilin kam zu ihnen. Zwinkerte mit den Augen.

„Stepan, ich möchte dir ein Wörtchen sagen."

„Sag!"

„Komm für einen Augenblick her."

Stepan erhob sich ächzend, ging einige Schritte mit Tomilin.

„Nun, leg los!"

„Meine Frau war hier... Heute ist sie abgereist."

„Nun?"

„Man schwätzt über deine Frau im Dorf..."

„Was denn?"

„Nichts Gutes..."

„Was?"

„Mit Grischka Meljechow hat sie angebändelt... Ganz offen..."

Stepan riß sich, ganz blaß geworden, die Blutegel von der Brust, zerquetschte sie mit den Füßen, knöpfte sich den Hemdkragen zu, öffnete ihn wieder, als sei er vor etwas erschrocken... Die kreideweißen Lippen fanden keine Ruhe: zuckten, dehnten sich in einem sinnlosen Lächeln, preßten sich wieder wie in ein bläuliches Häufchen zusammen... Tomilin kam es vor, als kaue Stepan etwas Hartes, was die Zähne nicht bewältigen konnten. Stepan zog die Mütze vom Kopfe und sagte:

„Danke für die Nachricht!..."

„Ich wollte dich nur vorbereiten... Entschuldige... so ist es eben... zu Hause..."

Tomilin klopfte sich teilnahmsvoll auf die Hose und ging zu seinem ungesattelten Pferd. Im Lager entstand ein Stimmengewirr. Die Kosaken kamen vom Holzhacken, Stepan stand einen Augenblick da und sah angestrengt den schwarzen Fleck auf seiner Mütze an. Seinen Stiefel entlang kroch ein halbzertretener Blutegel.

XI.

Bis zur Rückkehr der Kosaken vom Lager blieben nur noch eineinhalb Wochen.

Aksinja tobte in ihrer späten, bitteren Liebe. Trotz der Drohungen des Vaters schlich Grigorij jede Nacht heimlich zu ihr und blieb bis zur Dämmerung.

In diesen Wochen war er heruntergekommen wie ein Pferd, das einen seinen Kräften nicht angemessenen Lauf unternommen hat. Die braune Haut seines knochigen Gesichtes schimmerte bläulich von den schlaflosen Nächten; die schwarzen, trockenen Augen blickten müde aus den jetzt ganz tiefliegenden Höhlen. Aksinja trug ihr Gesicht offen, ohne es in ein Tuch zu wickeln. Tiefe, schwarze Schatten lagen wie ein Trauerrand unter ihren Augen, die etwas geschwollenen, hervorstehenden, gierigen Lippen lächelten unruhig und herausfordernd.

So ungewöhnlich und sichtbar war ihr irrsinniges Verhältnis, so toll brannten sie in einer gemeinsamen Flamme, ohne sich vor den Menschen zu schämen, ohne sich zu verstecken, so mager und schwarz wurden ihre Gesichter vor den Augen der Nachbarn, daß die meisten, die ihnen begegneten, sich schämten, sie anzusehen.

Grigorijs Freunde, die sich früher wegen seines Verhältnisses mit Aksinja über ihn lustig machten, schwiegen jetzt und fühlten sich in seiner Gesellschaft gedrückt, unfrei. Die Weiber, in der Tiefe ihrer Seelen neidisch, verurteilten Aksinja, und frohlockten schadenfroh in Erwartung der Rückkehr Stepans, wurden von einer tierischen Neugierde fast zerfressen, und teilten einander erregt ihre Vermutungen mit.

Wäre Grigorij heimlich zu Aksinja, der Strohwitwe, gegangen, hätte er getan, als verstecke er sich vor den Menschen, hätte Aksinja mit Grigorij gelebt, hätte sie ihr Verhältnis streng geheim gehalten und sich dabei auch anderen nicht versagt, so wäre daran nichts Besonderes, nichts in die Augen Springendes. Das Dorf hätte darüber gesprochen, wäre aber sehr bald verstummt. Sie lebten aber, ohne es zu verheimlichen, miteinander, etwas Mächtiges verband sie, etwas, was keinem kurzen Verhältnis ähnlich sah. Deshalb beschloß also das Dorf, es sei verbrecherisch, unsittlich, und deshalb erstarrte es in boshafter Erwartung: Stepan wird kommen..., wird den Knoten lösen.

In der Stube zieht sich ein straffgezogener Bindfaden über das Bett. Schwarze und weiße Spulen ohne Garn sind darauf gefädelt. Sie hängen als Zimmerschmuck, und Fliegen verbringen darauf die Nächte. Dichte Spinngewebe gehen von den Spulen aus zur Decke. Grigorij liegt auf Aksinjas nacktem Arm und sieht auf die Kette der Spulen unter der Decke. Mit den vor Arbeit rauhen Fingern der anderen Hand spielt Aksinja in Grigorijs wie Roßhaar harten Locken. Aksinjas Finger riechen nach frischer Kuhmilch. Wenn Grigorij den Kopf wendet und seine Nase in Aksinjas Achselhöhle bohrt, überflutet ihn der wie gärender Hopfen berauschende, scharfe, süßliche Geruch von Weiberschweiß.

Außer dem gebeizten Holzbett mit den gedrechselten Kugeln an allen vier Ecken, steht in der Stube ein umfangreicher, eisenbeschlagener Koffer mit Aksinjas Aussteuer und Kleidern. In der Ecke steht ein Tisch, mit Wachsleinwand bedeckt, auf der General Skobeljew wehenden Fahnen entgegengaloppiert. Neben dem Tisch — zwei Stühle. Oben — Heiligenbilder, mit einer Aureole hinter Papierblumen umgeben. An der Seitenwand von Fliegen beschmutzte Photographien. Eine Gruppe von Kosaken, buschige Lockenköpfe, die breiten Brustkästen herausgedrückt, mit dicken Uhrketten geschmückt, die Säbel gezogen. Das ist Stepan mit seinen Kameraden während seines Militärdienstes. An einem Haken hängt ein Uniformrock Stepans. Der Mond schielt durch die Fensterspalte, tastet mißtrauisch die zwei weißen Unteroffiziersstreifen auf der Epaulette der Uniform ab.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Beilagen Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg und Beilagen: Bezirk und Gewerkschaft Wilhelm Niewald, Breslau; für Oberschlesien Gerhard Schulz, Gleiwitz.

Waldenburger Bergland

Wahlen der Ortsverwaltungen im Verband der Bergbau-Industriearbeiter

In den Monaten November und Dezember finden alljährlich

die Wahlen der Ortsverwaltungen im Verband der Bergbauindustriearbeiter statt.

Die Wahlen, die in Generalmitgliederversammlungen stattfinden, werden regelmäßig dazu benutzt, um eine Rückschau über die Politik und Tätigkeit auch des Verbandsvorstandes zu halten. Das wird in diesem Jahre um so notwendiger sein, als der Verbandsvorstand auch im Laufe des letzten Jahres alles getan hat, um jede Bewegung der Bergarbeiter im Keime zu ersticken und dadurch eine Verbesserung der Löhne zu verhindern. Der jämmerliche Schiedsspruch, der den Ruhrbergarbeitern im Mai noch nicht einmal ganze 17 Pfennige Lohnerhöhung zuerkannte, den Grubenbesitzern aber ein Geschenk pro Tonne Kohlen von 42 Pfennigen bewilligte, war nur möglich auf Grund des Verhaltens des Verbandsvorstandes. Die Schiedssprüche in Oberschlesien, Niederschlesien und dem Wurmgebiet, die alle nicht einmal den geringsten Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten brachten,

waren die Folge der bewußten Organisierung des Streikbruchs durch die Bürokratie des Verbandsvorstandes.

In allen Bezirken, wo die Bergarbeiter selbst den Kampf durch Einberufung von Belegschaftsversammlungen, Wahl von Kampfausschüssen vorbereiteten und organisierten, war die sozialfaschistische Bürokratie sofort zur Stelle,

um durch Ausschlüsse der oppositionellen Kameraden, durch Spaltung ganzer Zahlstellen jede Bewegung im Keime zu ersticken.

Ueber 600 Ausgeschlossene und 11ausgeschlossene Zahlstellen sind das Resultat der spalterischen Tätigkeit der Verbandsbürokratie.

Diese Tätigkeit der Verbandsleitungen hat die Unternehmer nur zur Verschärfung der Offensive gegen die Bergarbeiter angespornt. Daher sehen wir in allen Bezirken

die verschärfte Durchführung der Rationalisierung, verschärfte Ausbeutung und einen verschärften Lohndruck.

In allen Bezirken ist die Kohlenförderung gewaltig gestiegen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1929 ist die Steinkohlenförderung schon um 8 Millionen und die Braunkohlenförderung um mehr als 6 Millionen höher als 1928, die Zahl der Bergarbeiter aber geringer.

Mit dieser Auswirkung der reformistischen Politik des Verbandsvorstandes werden sich die Generalmitgliederversammlungen ganz besonders beschäftigen müssen. Den oppositionellen Kameraden entsteht da die Aufgabe, aufzuzeigen,

daß die reformistische und sozialfaschistische Politik des Verbandsvorstandes die Bergarbeiter in den Abgrund führte

und daß es daher notwendig ist, um der Verelendung der Bergarbeiter Einhalt zu gebieten, sich mit aller Entschiedenheit zum revolutionären Klassenkampf zu bekennen. Das bedeutet, daß auch die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sich nicht auf den Vorstand oder die Verbandsbürokratie verlassen dürfen, sondern entsprechend den Vorschlägen der Opposition

selbst die Organisierung und Vorbereitung der Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Hand nehmen müssen.

Dies wird um so notwendiger, als die kommenden Monate eine weitere Ausplünderung der gesamten Arbeiterschaft und damit auch der Bergarbeiter bringen sollen. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister hat bereits angekündigt, die Zölle und Steuern zu erhöhen. Das Streichholzmonopol, durch das ein Paketchen Streichhölzer von 25 auf 30 Pfennige verteuert wird, ist bereits perfekt. Auch der Tabak wird verteuert werden. Alles das wird zu einer Verteuerung der Lebenshaltung führen und damit zur Senkung des Reallohnes. Um sich dagegen zu wehren, müssen die Bergarbeiter die Erhöhung der Löhne durchsetzen. Damit dürfen sie keineswegs warten, bis Ende 1930 die jetzigen Lohntarife ablaufen, sondern es gilt, sofort alle Bergarbeiter zu mobilisieren.

Die Generalmitgliederversammlungen und Ortsverwaltungswahlen müssen zur Organisierung und Vorbereitung dieser Lohnbewegung ausgenutzt werden. In die Ortsverwaltungen darf kein Kamerad gewählt werden, der nicht in erster Linie bereit ist,

auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes die Kämpfe um Erhöhung der Löhne und um Verkürzung der Arbeitszeit zu führen.

Zurzeit sehen wir, daß die Bergarbeiter in allen Ländern sich gegen das Ausbeutertum zur Wehr setzen. In England verlangen die Kameraden die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht und Erhöhung der Löhne. Dasselbe ist in Frankreich der Fall. In Belgien führten mehr als 5000 Bergarbeiter den Kampf um eine bessere Erhöhung ihrer Löhne. Im Brüx-Kladnoer Revier in der Tschechoslowakei stehen über 8000 Bergarbeiter in einem heldenhaften Kampf um die Durchsetzung eines Mindestlohnes von 45 Kronen pro Schicht. Die polnischen Bergarbeiter haben am 5. November den Streik durchgeführt. Diese Vorgänge in den Bergbaubezirken aller Länder sollten auch den deutschen Bergarbeitern ein Ansporn sein, sich nicht auf die Bürokratie zu verlassen, sondern ihre Kämpfe selbst vorzubereiten und zu organisieren. Nur wenn sie das tun, wird es ihnen möglich sein, eine Lohnerhöhung zu erreichen.

Eine wichtige Frage ist auch die Verbindung der Kämpfe der Bergarbeiter mit denen der übrigen Industrie. Hier ist der Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin tagen soll, ein Schritt zur Schaffung der Einheitsfront der gesamten deutschen Arbeiterschaft im Kampfe gegen das Unternehmertum. **Die Generalmitgliederversammlungen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter können und dürfen an diesem Kongreß nicht vorübergehen, ohne dazu Stellung zu nehmen und auch ihrerseits Delegierte zu entsenden. Das Toben der Verbandsbürokratie darf sie nicht davon abhalten. Besucht restlos die einberufenen Mitgliederversammlungen. Kämpft für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition im BAB.**

Freiburg

So treiben es die Sozialdemokraten

A. K. Der Reichsbannermann und Sozialdemokrat Franz, der auch erwerbslos ist, beschimpft die Kollegen, die wegen ihrer Tätigkeit in der KPD. überhaupt keine Arbeit mehr bekommen, als „zufaul zum Arbeiten". Er bringt es sogar fertig, die Polizei auf den Verkäufer der „Arbeiter-Zeitung" am Arbeitsamt zu hetzen. Am letzten Freitag geschah es, daß der Genosse, der die „Erwerbslosenzeitung" am Arbeitsamt feilbot, unter polizeilicher Aufsicht verkaufen mußte. Ein anderer Fall betrifft den Reichsbannermann Helm, einen Schwiegersohn von Franz. Am Sonnabend war ein Vergnügen vom Textilarbeiterverband. Es wurde ausgenutzt zur Wahlpropaganda für die SPD. Helm forderte alle Anwesenden auf, nur SPD. zu wählen. Unser Genosse machte von demselben Rechte Gebrauch und empfahl die Liste 6. Plötzlich kam Helm auf unseren Genossen zu und schlug ihn nieder, so daß unser Genosse bewußtlos am Boden liegen blieb. Arbeiter, wendet euch mit Abscheu von diesen Auch-Kollegen!

Niederschlesien

Görlitz

Polizeiinspektor Torke begünstigt die Nazi-Banditen

Anläßlich der Kommunalwahlen war im ganzen Reiche, so auch hier, ein Plakat zum Anschlag gekommen, welches sich gegen die Wahl der Nazis richtete. Dasselbe zeigte ein Hakenkreuz mit dem Text: „Keine Stimme dieser Partei des Aufruhrs und des Bürgerkrieges! Es ist genug des Blutes, der Hetze und des Terrors! Wir wollen Frieden im Lande!" Von welcher Partei dasselbe herausgegeben wurde, wissen wir nicht, ist auch belanglos. Jedenfalls war es dem Faschistengesindel ein Dorn im Auge, und sie setzten alle Hebel in Bewegung, um ein Verbot desselben durchzusetzen. Prompt schnappte denn auch Polizeiinspektor Torke ein und verfügte, nachdem dieses Plakat zwei Tage gehangen hatte, daß dasselbe wieder entfernt werde. Angeblich mit der Begründung, es entspräche nicht den pressegesetzlichen Bestimmungen. Nun, wenn der Polizeiinspektor, dem die Zensur der Plakate übertragen wurde, nicht mal mit dem Pressegesetz Bescheid weiß, dann ist er unseres Erachtens überhaupt nicht fähig, ein solches Amt zu bekleiden. Dann soll man ihm eine Stempelkarte in die Hand drücken, oder er soll sich um einen Posten bei seinen Freunden, den Nazis, bewerben. Das Plakat trug unten in der Ecke ganz deutlich Druck- und Verlagsfirma. Entsprach also voll und ganz den gesetzlichen Bestimmungen. Oder waren Sie, Herr Torke, der Meinung, daß der Text aufreizend oder gar staatsgefährdend sei? Nein, Herr Inspektor, für so dumm halten wir Sie nicht einmal. Sie haben wahrscheinlich nur mit der Unaufmerksamkeit des Publikums gerechnet, und ihren faschistischen Freunden war geholfen. Die freuten sich denn auch nicht schlecht und machten mit dem Verbot die nötige Reklame. Jedenfalls zeigt dieser Fall erneut wieder das enge **Zusammenarbeiten hoher und höchster Instanzen mit den Faschistenbanden aller Schattierungen.** Wir richten an den Polizeidezernenten Stadtrat Bieweg hiermit die Anfrage, ob er von dieser Schiebung seines Beamten Kenntnis hatte, und was er dagegen zu tun gedenkt. Wir verlangen jedenfalls die sofortige Amtsenthebung dieses „famosen" Herrn. Auch behalten wir uns vor, daß unsere Stadtverordnetenfraktion in der nächsten Sitzung die Angelegenheit zur Sprache bringt.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich noch auf eins hinweisen. Die Litfaßsäulen gehören der Stadt. Ist es notwendig, daß diese an einen so schwerreichen Unternehmer verpachtet werden müssen, wie es die Firma Donath ist? Muß bei einer derartigen Einnahmequelle erst dieser das Fett abschöpfen? Die Firma Donath ist die größte Speditionsfirma am Orte. Hat außer der Spedition noch Kohle, Oele, Fette, Betriebsstoffe und Biergroßhandlung. Warum gibt man die Verwaltung der Säulen nicht einem Kleinen, der dadurch vielleicht eine Existenz fände? Warum behält die Stadt die Säulen überhaupt nicht in eigener Verwaltung? Es gibt doch wahrhaftig genug stellungslose Angestellte und Arbeiter. Herr Paul Donath kandidiert übrigens auch auf der Liste „Gemeinwohl und Sparsamkeit", diesem Quodlibet aus Deutschnationalen, Volks- und Wirtschaftspartei. Jawohl, Gemeinwohl und Sparsamkeit in die eigene Tasche.

Brandstiftung?

In dem Heidedorf Heiligensee brannte Dienstag die zum dortigen Kammergut gehörige Mühle nieder. Als angeblicher Brandstifter wurde der in der Mühle beschäftigte Müller Wandelt verhaftet. W. war vor einiger Zeit gekündigt worden, und er sollte am Dienstag die Stellung verlassen. Seine Frau mit zwei Kindern ist verschwunden. Es besteht der Verdacht, daß die Frau Selbstmord verübt hat. Der Brandschutt konnte noch nicht nach den Leichen durchsucht werden.

Sagan

Nach der Wahlschlacht

Die Ortsgruppe der Partei hat trotz organisatorischer Schwäche einen Sieg zu verzeichnen. Sie hat sich trotz der vielen Feinde behauptet und sogar während des Wahlkampfes acht neue Mitglieder gewonnen. Die Mängel, die noch vorhanden sind, müssen wir nunmehr nach der Wahl beseitigen, um hier unsere Partei noch schlagkräftiger zu machen. Unsere Gegner zittern bereits, sie wissen sehr gut, von wo der Wind kommt. Genossen, helft weiter mit! Vergleicht man örtlich das Stimmenergebnis mit der Reichstagswahl von 1928, so hat trotz schwächerer Wahlbeteiligung die KPD. ihre drei Stadtverordneten behalten, wohingegen die SPD. einen Stimmenverlust von netto 772 zu verzeichnen hatte. In den Augen der Wähler wird es gewöhnlich als Sieg angesehen, daß die SPD. von sieben auf acht Vertreter gelangte. Betrachtet man aber das Kräfteverhältnis von SPD. und KPD. örtlich, so zeigt sich, daß jene mit der dreifachen Zahl zur Mobilisierung der Massen mit Lug und Trug gegen uns zu Felde zogen. Noch am Wahltage bediente man sich der Turnerkapelle, aber es half trotzdem nichts. Nur ihre neun Mandate konnten sie mit Mühe und Not im Kreistage halten. Es gilt nun für uns, weiterzuhandeln. Klassengenossen, erkennt den Ernst der Situation und kämpft mit uns Schulter an Schulter. Die jetzige Wahl wird uns neuen Mut verleihen, und wenn die gesamte Mitgliedschaft ihren Mann steht, werden wir auch in Sagan im Interesse des Proletariats weiter vorwärtskommen.

*

Die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Sagan, veranstaltet am 7. Dezember einen Unterhaltungsabend, dessen Ertrag zugunsten der Arbeiterkinder verwendet wird. Die Veranstaltung wird eingeleitet mit einem Mandolinen-Quartett. Weiter folgt ein Film „Deutschland, Deutschland über alles!" Darauf Ansprache des Genossen Vogel-Breslau. Anschließend Tanz. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr in der „Erholung" zu Machenau. Eintrittspreise werden noch bekanntgegeben. Karten müssen im Vorverkauf besorgt werden. Um regen Besuch bittet der Vorstand der IAH.

Liegnitz

Sauzustände bei den Straßenregulierungsarbeiten!

A. K. Als ein Ausbeuter und Menschenschinder der übelsten Sorte entpuppt sich hier der Steinsetzmeister Rudolf, Nikolaistraße 8. Es ist dies derselbe Rudolf, der sich beim Hindenburg-Empfang einen ganzen Klempnerladen pumpte, da der eigene verlorengegangen war. Seine Arbeiter belegt er mit den übelsten Schimpfworten, sogar Prügel bietet er ihnen an. Bei dem Arbeiter Schenk wäre er aber beinahe einmal an die falsche Adresse gekommen. Auf dem Gericht ist Rudolf Stammgast. Ganz besonders haben die Lehrlinge unter diesem Prügelhelden zu leiden. Bei dem kleinsten Versehen gibt es Schläge. Vom Lehrling Häusler hätte er sich in seiner Wut einmal bald die Ohren „angeeignet". Auch sparsam ist Rudolf. Kols, der Zentner für 20 Pfennig, ist ihm zu teuer. Infolgedessen wird die Holzbude, in der die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen, nicht geheizt. Der Frühstückskaffee kann nicht gewärmt werden. Die Arbeiter, von der Arbeit durchschwitzt, können sich in der kurzen Ruhepause die schlimmsten Erkältungen zuziehen. Das stört diesen „menschenfreundlichen" Patrioten nicht. An dem ohnehin schon knappen Hungerlohn der Arbeiter schneidet er herum, wo er nur kann. Auch möchten wir fragen: Wie verhält es sich mit dem Ueberstundenlohn? Diese Woche mußten die Straßenbahngleise umgelegt werden. Auf Grund dessen wurden Ueberstunden gemacht, an zwei Tagen von 18—24 Uhr. Laut Tarif müßten für die ersten drei Stunden 25 Prozent und für jede weitere Nachtüberstunde 50 Prozent mehr gezahlt werden. Die Arbeiter haben aber nur ihren Stundenlohn von 81 Pfennig erhalten. Wer hat sich nun hier auf Kosten der ausgebeuteten Proleten bereichert? Wer hat die Prozente für die Ueberstunden eingesteckt? Das Elektrizitätswerk oder der Steinsetzmeister Rudolf? Und da erlaubt sich Rudolf noch zu einem Arbeiter zu sagen: **„Die Arbeiter stehlen mir das Geld aus der Tasche!". Arbeiter, so sieht es in der vielgepriesenen Republik aus. Helft mit, diese Zustände zu beseitigen!**

Goldberg

Nette Zustände beim Straßenbau

A. K. Der Schachtmeister Junghans von der Kolonne Hohendorf gefällt sich in der Rolle eines Antreibers. So verlangt er z. B., daß eine Kubikmeter-Lore in 20 Minuten geladen sein muß. Hat ein Arbeiter den Wagen nicht mit dem anderen voll, fängt er gleich an zu schnauzen: „Wenn ihr nicht arbeiten könnt, meldet euch krank oder bald tot." Auf der anderen Seite regt er sich aber darüber auf, daß schon 36 Kranke sind und daß in der Betriebskrankenkasse wöchentlich bloß 300 Mark einkommen und 600 Mark ausgehen. Ja, das kommt davon, wenn man eine Betriebskasse aufmacht, von der man hofft, gleich an den Beiträgen zu verdienen. Die Baubudenverhältnisse lassen ebenfalls viel zu wünschen übrig. Ein Teil der Arbeiter muß in den Pausen vor der Bude sitzen.

Eine andere Blüte ist der Schachtmeister Wutke aus Goldberg. Er erklärt: „Wer keine Ueberstunden macht, wird entlassen." Ferner bietet man den Notstandsarbeitern, welche Steinschotter ausladen, einen Akkordsatz von 22 Pf. pro Tonne an, also den Zentner 1,1 Pf. Wir stellen fest, daß man vor dem Kriege schon pro Zentner 3 Pf. zahlte. Der Dritte im Bunde dieser „Auslese" ist der Schachtmeister von der Baustelle Riemberg. Dieser äußerte, als es um die Wahl eines Obmannes ging: „Ich brauche keinen, den mache ich selber." Die Bude ist hier zehn Minuten weg von der Arbeitsstelle, und der Schachtmeister verlangt, daß die Laufzeit von der Pause abgeht. Rauchen ist verboten. Sonntagsarbeit ist keine Seltenheit. Urban junior möchte gern haben, daß er Herr Oberleutnant tituliert wird. Und das alles für 69 Pfennige.

Wir fragen den Landrat von Goldberg und den Direktor Kirchner vom Arbeitsamt Liegnitz, ob ihnen diese Zustände bekannt sind? Euch Arbeitern rufen wir zu: Schließt euch der Opposition im Baugewerksbund an, kämpft mit der Kommunistischen Partei!

Aus dem Riesengebirge

SPD.-Wahlversammlung in Petersdorf

Vergangene Woche fand hier eine SPD.-Wahlversammlung statt. Das „Referat" des Bonzen, Landtagsabgeordneten Lehmann, war ein ohrenbetäubendes Gebrüll. Auf das ganze Referat einzugehen, lohnt sich nicht, da es sowieso nur eine Künstler-Einseifung der Wähler war. Er soll sich hüten, zu versuchen, die rote Fahne der Kommunisten zu beschmutzen. Er soll sich seine Fahne betrachten, auf der die Opfer des Berliner Blutmai geschrieben stehen. In der freien Aussprache ergriff unser Genosse das Wort und kennzeichnete die arbeiterfeindliche Politik der SPD. Als sie merkten, daß ihnen zu sehr an die Nieren gegangen wurde, rief der Versammlungsleiter: „Schluß!" Aber die Anwesenden protestierten dagegen und unser Genosse konnte zu Ende sprechen. Dann erzählte der Sozialfaschist Wunsch, was auf sozialem Gebiete in den Jahren von 1924 bis 1929 geschaffen worden war. Die arbeitende Bevölkerung weiß am besten, was da geleistet wurde. Die Straße nach Kiesewald, die unter ungeheurer Antreiberei für 48 Pf. Stundenlohn hergestellt wurde, wo die sozialdemokratische Fraktion nichts unternommen hat, um die Zahlung des Tariflohnes durchzusetzen. Erwerbslosenanträge wurden entweder ganz niedergestimmt oder nur zu einem kleinen Teil bewilligt. Das sind die „Errungenschaften", die auf sozialem Gebiet geleistet wurden.

An unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser, den Kolporteuren bei der Einkassierung des Abonnementsgeldes keine Schwierigkeiten zu bereiten! Der Verlag muß streng daran festhalten, daß das Zeitungsgeld regelmäßig und im voraus entrichtet wird! Bei der Einkassierung vom Kolporteur eine Quittung zu verlangen!

Oberschlesien

Organisiert den Kampf gegen den Dreibund!

Wählt Delegierte zum revolutionären Reichsgewerkschaftskongreß!

Gleiwitz

Wieder ein unerhörtes Klassenurteil gegen die „Arbeiter-Zeitung"

Das Schöffengericht verhandelte am Dienstag gegen den Genossen Schulz als verantwortlicher Redakteur der „A.-Z." Ihm hat das Klassengericht zur Last gelegt, die Sosnitzaer Feuerwehr beleidigt zu haben, weil er in einem Artikel schrieb, durch das unsachgemäße Vorgehen der Feuerwehr sind zwei Kinder verbrannt, und man müßte die Feuerwehr zum Teufel jagen und den Häuptling wegen fahrlässiger Tötung anklagen. Als Tatsache stellte die Verhandlung fest, daß

1. die freiwillige Dorffeuerwehr nicht die Berufswehr in Gleiwitz heranzog;
2. die Feuerwehr einige Zeit vor dem Spritzenhaus stand, weil sie keinen Schlüssel zum Geräteschuppen hatte;
3. die Wehr ohne den Schlüssel zum Wasserhydranten an der Brandstelle anrückte;
4. die Wehr sich nicht richtig erkundigte, ob Menschenleben in Gefahr sind;
5. der Feuerwehrhauptmann zugab, daß Fehler bei der Bekämpfung des Brandes vorkamen.

Trotz dieser Feststellung plädierte der noch sehr jugendliche Staatsanwalt für Bestrafung. Unter anderem erklärte dieser Staatsanwalt wörtlich:

„Es kommt nicht darauf an, daß unsachgemäß (von der Wehr) vorgegangen wurde."

Dem Klassengericht kam es also nur darauf an, einen Kommunisten zu verurteilen. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Das Klassengericht fällte gemäß dem Antrage mit der Phrase „Im Namen des Volkes" das Urteil.

Gegen das unerhörte Klassenurteil legt Genosse Schulz selbstverständlich Berufung ein. Arbeiter, kämpft mit uns, daß diese Klassenjustiz bald mitsamt ihren Auftraggebern, der Bourgeoisie und ihren faschistischen und sozialfaschistischen Stützen, zum Teufel gejagt wird.

Tödlicher Verkehrsunfall

Dienstag abend ereignete sich auf der Bergwerkstraße in der Nähe des Waldschlosses wieder ein schweres Unglück. Infolge der mangelhaften Beleuchtung der Straße stießen dort ein Radfahrer und ein Personenauto zusammen. Der Radfahrer wurde gegen einen Baum geschleudert und war auf der Stelle tot. Der Chauffeur des Autos wurde durch den Zusammenstoß aus dem Wagen geschleudert und fiel gegen den Bordstein. Mit gebrochenem Arme und wahrscheinlich inneren Verletzungen blieb er liegen.

Auf dieser Straße sind schon mehrmals größere Unfälle zu verzeichnen. Wie oben angeführt, trägt die sehr mangelhafte Beleuchtung der Straße zu diesen Unglücken bei. Es ist höchste Zeit, daß sich einmal die Stadt bequemt, die Straße vorschriftsmäßig zu beleuchten, bevor noch mehr Menschen ihr Leben lassen müssen.

Gleiwitz hat 3671 Erwerbslose

Der in den letzten Wochen einsetzende Aufstieg der Arbeitslosigkeit in unserer Stadt setzt sich fort. Infolge der zunehmenden Entlassung von Arbeitskräften aus den Baubetrieben und den damit verbundenen Betrieben sowie den übrigen Saisonindustrien ist eine merkliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Allein in der letzten Woche ist die Zahl der arbeitsuchenden Personen um 800 gestiegen. Mit Notstandsarbeiten werden 506 Personen beschäftigt. Der amtliche Bericht des Arbeitsamtes besagt:

Beim Arbeitsamt Gleiwitz sind zurzeit 3671 arbeitsuchende Personen vorgemerkt, von denen 1086 die Arbeitslosenunterstützung und 277 die Krisenunterstützung erhalten. 2147 Familienangehörige erhalten die Zuschlagsunterstützung. Die Zahl der infolge Ablaufs der Höchstunterstützungsdauer Ausgesteuerten und dem Wohlfahrtsamt zur Weiterbetreuung überwiesenen Personen beträgt 23.

Hindenburg

Die Erwerbslosen sollen Dresche statt Geld bekommen

Das Erwerbslosenheer wird auch in Hindenburg immer größer. Beim Abholen der Unterstützung stehen die Erwerbslosen in einer Riesenschlange, die manchmal 6 bis 7 Personen breit ist. Das ist der Fall, weil die Räume und der Platz des Arbeitsamtes viel zu klein sind. Vor zwei Wochen ereignete sich dabei folgender Fall: Die Erwerbslosen standen bis über die Straße und warteten auf ihre paar Pfennige. Plötzlich kam ein Schupo einherstolziert und verlangte, **daß die auf ihr Geld wartenden Erwerbslosen die Straße freimachen sollen, andernfalls er das Ueberfallkommando ruft, das dann gewaltsam die Straße räumt.**

Der Erwerbslosen bemächtigte sich darob eine große Erregung.

Stadt und Land
sind das Verbreitungsgebiet der
„Arbeiter-Zeitung".
Wer in der Provinz Schlesien und Oberschlesien mit der Stadt- und Landbevölkerung in Geschäftsverbindung kommen will, muß in der „Arbeiter-Zeitung" inserieren!

Denn die Maßnahme des Schupos bedeutete nichts anderes, als daß die Erwerbslosen statt Geld den Gummiknüppel zu spüren bekommen. Schuld daran trägt mit der sozialdemokratische Arbeitsamtsdirektor Karger. Arbeitslose, sorgt geschlossen dafür, daß diese Mißstände beseitigt werden.

Beuthen

Fundsachen

Als gefunden oder zugelaufen gemeldet: 1. gefunden: eine braune Aktentasche, ein braunes Damenhandtäschchen mit Rosenkranz, Taschentuch, Spiegel und einem kleinen Geldbetrag; ein brauner Damenschal mit schwarzen Fransen; ein Trauring, C. H. gezeichnet; ein Fahrrad; eine Herrenweste (in den Taschen ein künstliches Gebiß, ein Bohrer und ein Schlüssel);2. zugelaufen: ein Rehpinscher; ein junger Schäferhund. Näheres im Zimmer 40 des Dienstgebäudes des Polizeiamtes, Reichspräsidentenplatz 17, zu erfahren.

Kreuzburg

Agrarier entlassen Betriebsrat

A. K. Auf dem Gut Bankau ist unser Genosse Loch beschäftigt. Genosse Loch ist Mitglied des Betriebsrates, der nur aus oppositionellen Landarbeitern besteht. Lange suchte schon die Verwaltung nach einem Grunde, um die Betriebsräte zu beseitigen. Als Genosse Loch an einem der letzten regnerischen Tage eggen sollte, kam er infolge des Regens etwas später aufs Feld. Der Assistent Zimmermann sah das und ließ L. die Arbeit überhaupt nicht beginnen, sondern entließ ihn sofort. Diese Maßnahme der Verwaltung ist eine ungeheure Frechheit. Es ist an diesem Tage so gewesen, daß die übrigen Arbeiter ebenfalls nicht arbeiteten. Alle kamen vom Felde unverrichteter Dinge wieder zurück. Der übereifrige Assistent Zimmermann will jetzt als Entlassungsgrund „Arbeitsverweigerung" angeben. — Das Arbeitsgericht wird sich ja mit diesen Methoden zu beschäftigen haben. Ihr Landarbeiter, laßt aber nicht zu, daß euer Betriebsratskollege gemaßregelt wird. Fordert seine sofortige Wiedereinstellung ungeachtet der Entscheidung, die das kapitalistenfreundliche Arbeitsgericht fällen wird.

Oppeln

Faschisten überfallen Arbeitermädels

Das Faschistengesindel wird immer frecher. In Trupps ziehen diese Banditen, besonders schlimm vor den Wahlen, umher und überfielen Arbeiter. Das Gesindel ist so feige, daß es nur haufenweise gegen einzelne Arbeiter loszieht. Ja, selbst vor Arbeiterinnen schrecken die Rowdys nicht zurück. Folgender Vorfall ereignete sich am Sonnabend auf der Zimmerstraße. Eine Jungarbeiterin, die Mitglied des KJVD. ist, hatte auf dieser Straße etwas zu erledigen. **Ohne jeden sichtbaren Anlaß überfielen mehrere Nazis die Jugendgenossin und mißhandelten sie in brutaler Weise.**

Arbeiter, aufgewacht! Verstärkt die Front gegen den Faschismus und seine Beschützer, die Sozialfaschisten. Laßt euch nicht ganz zertreten! Hinein in die rote Arbeiterwehr, hinein in die KPD.!

Sieht das nicht nach Schiebung aus?

Für das Kinderheim in der Vorstadt sollten eiserne Bettstellen angeschafft werden. Wie wir erfahren, soll sich der Herr Zentrumsstadtrat Born selbst um den Einkauf bemüht haben. Er ging da zu seinem Zentrumsfreund, dem Herrn Kaufmann und MdR. Hartwig. Dieser wollte dem Herrn Born für das Kinderheim Betten für 57 Mark pro Stück verkaufen. Währenddessen hat aber eine Wohlfahrtsdame sich ebenfalls um Betten bemüht. Sie hat die gleichen Betten, die Herr Hartwig dem Herrn Born für 57 Mark anschmieren wollte, für nur 37 Mark das Stück gekauft.

Uns kommt die ganze Angelegenheit sehr verdächtig vor. Vielleicht antwortet mal der Magistrat, warum Herr Born die Betten kaufen wollte; wieso überhaupt derartig und nicht wie üblich der Kauf vor sich ging. Auch Herr Born könnte sich mal äußern, warum er ausgerechnet vom Herrn Hartwig diese teuren Betten kaufen wollte und ob nicht schon öfters so etwas geschehen ist.

Landarbeiter sollen 15 Stunden arbeiten

A. K. Die Landarbeiter werden überall sehr schlecht bezahlt und müssen sich zu ihren Hungerlöhnen noch in übelster Weise schikanieren lassen. Ein „Musterdominium" ist das dem Fräulein „von Einern" gehörende Dominium in Halbendorf. Besonders schlimm steht es um die jugendlichen Landarbeiter. Im Sommerhalbjahr müssen diese täglich 12—13 Stunden schuften. Im Winterhalbjahr „nur" 11 Stunden. Und der Lohn dafür spottet jeder Beschreibung. Ein gelernter Handwerker verdient dort nur 18 Mark die ganze Woche. Der Oberinspektor Materne springt mit den Landarbeitern schlimmer wie ein Feldwebel mit den Rekruten auf dem Kasernenhofe herum. Kommen zu ihm die Landarbeiter nach Lohnzulage, so sagt er ihnen: **„Macht, daß ihr wegkommt, im nächsten Jahre werdet ihr 15 Stunden arbeiten, da könnt ihr mehr verdienen."**

Landarbeiter, statt mehr Lohn noch mehr schuften und mehr Schikane. Kämpft mit der KPD. und dem Kommunistischen Jugendverband gegen diese Zustände. Werdet Mitglieder. Stärkt die rote Klassenfront zum Sturze dieser Ausbeuter.

Schwerer Betriebsunfall im Steinbruch

Die Antreiberei wird durch die Rationalisierung in der Zementindustrie auch in den Steinbrüchen immer größer. Die Schienen der Kleinbahnzüge sind sehr mangelhaft. Ueberall wartet der Tod. Am Montag ist im Steinbruch Sacrau wieder ein schwerer Betriebsunfall geschehen. Infolge der mangelhaften Schienen und des Gejages bei der Arbeit stürzte eine Kleinbahnlokomotive um. **Der Lokomotivführer und der Heizer wurden von der Lokomotive begraben.** Schwerverletzt wurde der Lokomotivführer geborgen. Der Heizer erlitt nur leichtere Verletzungen. Es ist aber nur einem glücklichen Umstand zu verdanken, daß beide nicht ihr Leben lassen mußten.

Arbeiter, kämpft geschlossen gegen die Antreiberei und weitere Rationalisierung. Ihr kämpft um euer Leben.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele
Donnerstag und Freitag — 5 und 8 Uhr
Der fröhliche Weinberg
von Zuckmayer
Der seltsame Fall eines Arztes
mit Conrad Veidt
Jugend verboten!
Erwerbslose und Kleinrentner bis 5.30 Uhr 25 Pf.
Mit Besucherausweis 50 Pfg., ohne Ausweis 70 Pfg.

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 16. Nov. bis 24. Nov. 1929
Donnerstag, 19.30 Uhr
Die Hochzeit des Figaro
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie II 6
Maschinist Hopkins
Sonnabend, 19 Uhr
Der Rosenkavalier
Sonntag, 19.30 Uhr
Tannhäuser
und der Sängerkrieg auf Wartburg

Nähmaschinen

für Haushalt, Heimarbeit und Gewerbe
10 Mark Anzahlung
2.50 wöchentliche Ratenzahlung
Jos. Grenlich, Mechanikermstr.
Breslau, Herrenstr. 24 / Telephon 50765
Reparaturen u. Ersatzteile für alle Fabrikate

Bettfedern
Daunen, Inletts
nur beste Qualitäten
bekanntbillig
Bettenspezialgeschäft Herzig
Breslau, Matthiasstr. 100
am Waterlooplatz Linie 14 und 24

Sämereien
Vogelfutter
Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 165
Ecke Weinstraße 86

Genossen!
Werbt neue Leser!

B. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle
ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Breslaus

Armbanduhren
Taschenuhren
Uhrketten, Halskettchen, Armbänder, Ohrringe
Trauringe
Grammophone,
Schreibmaschin.
Zentral-Leihhaus
28 Klosterstr. 28

Herren-Mäntel
Anzüge, Jacketts, Hosen, Smoking, Fracks, Gehröcke, Herr.-Pelze, Pelzfutter, Füchse, Pelzjacken, Lederwesten, Stoffe, Betten, Wäsche
Zentral-Leihhaus
28 Klosterstr. 28

Paul Nitsche
Breslau, Adolfstr. 14
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Sadowastraße 17 Michaelisstr. 3
Wiederum:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer . . . . . 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 3.70
Himbeersaft . . . . per Liter 1.35
(1 Liter über 2½ Pfund)
96% Prima Sprit . . per Liter 7.00
Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curaçao, Goldwasser, Bitterorange, Crème de Cacao, Stonsdorfer, Allasch, Pfefferminz, Rosé, Prunelle, Sherry Brandy, Marasquino, Magen, Halb und Halb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Aug. Maiwald & Söhne
Möbelmagazin
Waldenburg, Kirchstr. 6a

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Möbel
Schlaf-, Speisezimm., Wohnzimm., Küchen
auf
Kredit
auch Einzelmöbel, Schränke, Vertikos, Bettstellen etc. zu niedrigsten Preisen.
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

Schuh-waren
kaufen Sie gut und preiswert
bei
H. Gruhn
Schweidnitz
Markt 22

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstücksstube
empfiehlt
C. Leopold
Schweidnitz, Langstraße Nr. 8

Beuthen

Das führende Haus für Beleuchtungskörper, Heiz- u. Kochapparate, Radioapparate, Radioteile
Beuthen OS. **Licht und Kraft** Hindenburg
Gymnasialstr. **S. Wolfsohn GmbH.** Friedr.-Karl-Str. 1b
11347

Gebr. Markus & Baender
Ring 23 — Damen-Konfektion, Wäsche, Wollwaren, Trikotagen
11363

M. Skrzypczyk
Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung
jetzt Ring 21, bedeutend vergrössert
11365

Färberei Curt Müller
Beuthen: Bahnhofstr. 8 Piekarer Str. 5
Krakauer Str. 1 Roßberg, Scharleyer Str. 84
Hindenburg: Kronprinzenstrasse 98
Dorotheenstrasse 39
Gleiwitz: Tarnowitzer Str. 2
Germaniaplatz 1
11372

Achtung! Telephon 3817 Achtung!
ff. Roßschlächterei Max Poloczek, Lange Str. 18
Feine Wurst- und Fleischwaren und Frühstückstube
Obst und Gemüse, Groß- und Kleinhandel
Jeden Dienstag und Freitag am Markt Moltkeplatz
11418

Ign. Kuballas Bäckerei u. Konditorei
Telephon 3635 Tarnowitzer Straße 43 Telephon 3635
Erste Bezugsquelle für alle Feste
Spezialität: Karlsbader Zwieback
Graham-Brot, Schlüter-Brot u. Wiener Bäckerei
11223

Molkerei Bachmann Telephon 4404 Telephon 3586
ff. Meierei-Produkte und täglich frische Milch erhältlich in allen Filialen und Wagen, Hauptgeschäft und Molkerei
Kasernenstraße 16
11272

Arbeiter
kauft eure Milch und Molkereiprodukte nur in der
Milchversorgung Beuthen OS. G.m.b.H.
und ihren Filialen und Wagen. Karl Rosunek
11250

Reserviert

F. Schlesinger, Ring 21
Gr. Auswahl in Hüten und Mützen
11363

Kaufhaus J. Hamburger
Friedrich-Ebert-Straße 13
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion
Wäsche, Trikotagen etc.
11364

Beerdigungsinstitut
Scharleyer Straße 62 :: Tel. 3042
11365

Brot- und Weiß-Bäckerei
Georg Galinsky / Telephon 4573
Fleischer-, Ecke Lange Straße
11262

Kolonialwaren / Lebensmittel
Viktor Stollossa, Kluckowitzer Str. 4
11218

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Schibalski
Hohenzollernstraße 6
11263

Bäckerei
Konditorei und Café
ff. Backwaren, dreimal täglich frisch
Jos. Kruppa, Tarnowitzer Straße 19
11367

Schuhwaren kaufen Sie billigst im
Oberschl. Schuh-Vertrieb
Schießhausstr. 6, Am Marktpl.
11348

E. Paulsen & Co., Ring 5
Größtes Spezialhaus
für mod. Herren- u. Knabenkleidung
Durch eigene Herstellung
höchste Leistungsfähigkeit
11369

Bäckerei und Konditorei
Leo Dembonezyk, Karlstraße 2
Telephon 2262
Filiale: Reichspräsidentenplatz 5
11265

Kolonialwaren — Drogen
Josef Stopp, Sedanstraße 15
11257

Böhms Bierstuben
Verkehrslokal aller Standesgenossen
11427

Leder — Linoleum
Emanuel Pinczower, Ring 13
11418

Teppiche, Polsterwaren, Gardinen
E. Bindseil, Tarnowitzer Straße 42
11410

Vereins Gasthaus, Königshütter Chaussee 1
Angenehmer Familienaufenthalt
Bürgerlicher Mittagstisch
11230

Theodor Stoffik
Kolonialwaren — Feinkost — Cykrinusen
Hindenburgstraße 9
11225

Pommersche Laden / Max Britschkowski
Scharleyer Straße 62
Herings-Großräucherei
11266

Rudolf Nokel, Dyngosstraße Nr. 38
Kolonialwaren — Delikatessen
11228

Brot- und Feinbäckerei
Otto Dost, Tarnowitzer Chaussee 29
11254

Barmer Klöppelspitzen-Zentrale
Nur Lange Straße 27
11425

Max Heilborn, gegenüber der alten Kirche
Kleiderstoffe und Seidenstoffe
— enorm billig —
11424

Kolonialwaren, Weine
Tabak, Zigarren
Wilhelm Nowak, Piekarer Straße 94
11421

Max Bartonek, Dyngosstraße
Kolonialwaren — Lebensmittel
Zigarren — Zigaretten — Tabak
11420

H. Böhm & Co., Große Blottnitzastraße 39
gegenüber der Ortskrankenkasse
Herrenartikel — Weiß- und Wollwaren
11416

St.-Hyazinth-Drogerie / Roßberg
Farben — Lacke — Parfümerien
gewährt allen Genossen 10 Prozent Rabatt
11422

H.F.G.
Haus für Geschenke
Einheitspreise / Nur vier Preise
1 Mk. — 2 Mk. — 3 Mk. — 6 Mk.
Kaiser-Franz-Joseph-Platz 3
11411

Paul Köhler, Bahnhofstraße 39
Uhren, Gold- und Silberwaren
11279

Josef Wald, Nflg. Inh. Emil Raek
Kolonialwaren und Delikatessen
Tabak und Spirituosen
Beuthen, Tarnowitzer Strasse
11370

Möbelhaus Kutsche
Inhaber: Johannes Kaikowski
billige und gute Möbel
Erleichterte Zahlweise!
Große Blottnitzastraße 30
im Hause der Allgem. Ortskrankenkasse
11261

Restaurant
Große Blottnitzastraße 36, durch den Flur
Angenehmer Familienaufenthalt
11260

Rudolf Walloschek
Telephon 2861
Hohenzollernstraße 28
Bäckerei und Konditorei
ff. Backwaren
Spezialität: Landbrot „Perle"
11268

Bekleidungshaus
S. Kornreich & Co.
Gartenstraße 4
11410

Bäckerei u. Konditorei
S. Gmyrek
Scharleyer Straße
11276

Fleischerei
Anton Sladeczek
Sedanstraße 8
11269

Bäckerei u. Konditorei
Leo Ortenburger
Scharleyer Straße 100
11277

Gebr. Palkert
Gleiwitzer Strasse 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Diverse Aufschnitte
11412

V. Pallus
Ring 4
Hüte / Mützen
Spezialgeschäft: sämtl. Herrenartikel
11255

Matuschek, Bäckerei
ff. Backwaren
tägl. frische Semmeln
Hohenzollernstr. 20
Fil.: Gymnasialstr. 3
11278

Destillation, Likörfabrik
Peter Golla
Gr. Blottnitza Str. 36
Angenehm. Aufenth. aller Werktätigen
11426

Dampfbäckerei
Albert Kabus
Dyngosstr. 35
11274

Dampfbäckerei
ff. Backwaren
täglich frisch
Paul Sczensny
Sadowastrasse 1
11256

Bäckerei und Konditorei
Joh. Schmidt, Dyngosstr. 61
1217

Josef Rekus
Bierbrauerei und Weinstubenbetrieb
Zigarren und Zigaretten
Hauptgeschäft: Kleine Blottnitzastr. 24
Zweiggeschäft: Krakauer Straße 11
11417

Drogerie Josef Malorny
Drogen- und Farbenhandlung
Ring 9/10
Filiale: Tarnowitzer Straße 8
11415

„Glück Auf"
Oberschlesiens
größtes Putzgeschäft
Konkurrenzlos niedrigste Preise
Ring 6
11278

Im Spezialhaus für Wollwaren
Friedrich Freund
Tarnowitzer Straße 48
kaufen Sie reell und preiswert!
11423

„Zum Patzenhofer"
Geschäftsführer Fritz Kalla
Friedrich-Wilhelm-Ring 4
Gutgepflegte Getränke, zünftiger Mittagstisch
Angenehmer Familienaufenthalt
11371

Hans J. Pagel
jetzt Ring 9, Ecke Schießhausstraße
Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion
fabelhaft billig!
11271

Bäckerei und Konditorei
ff. Backwaren, tägl. frische Semmeln
Paul Schwan, Dyngosstraße 1
11224

Fr. Mikesta, Gaststätte
Richard Gierschner, Krakauer Str. 34
Liköre / Weinbrände / Weine usw.
in besten Qualitäten
11220

Dampfbäckerei
Joh. Mücke, Dyngos-, Ecke Kluckowitzer Straße / Filiale: Bahnhofstraße 17
11219

Wilhelm Weiß, Beuthen
Löwen-Drogerie / Krakauer Straße 19
Drogen / Farben / Lacke
Seifen und Parfümerien
11414

Drogen- und Farbenhandlung
Carl Franzke Nachf., Krakauer Str. 32
Gegr. 1894 Fernruf 4909
11275

Johannes Nack
Schneiderstraße 2
Spirituosen, Weine, Zigarren
11221

Hugo Kosak, Friedrich-Wilhelm-Ring 5
Schokoladen- und Zuckerwaren-Großhandlung
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
11267

H. Juraschek, Schneidermeister
Große Blottnitzastraße 16
empfiehlt erstklassige Maßarbeit
11258

Tapetenhandlung
Sackur-Söhne / Gymnasialstraße 14a
11264

Reserviert

Gleiwitz

Das größte führende Unternehmen Oberschlesiens der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie
Walter & Co.
Gleiwitz, Wilhelm-, Ecke Markgrafenstraße
11253

St. Anna-Drogerie Drogen, Farben, Chemikalien, Artikel z. Krankenpflege, Spirituosen, Weine, Liköre, Krankenweine, Photoartikel
11307 Entch. Foltin, Nikolaistr. 40
Spezialität: Tutogen-Fichtennadel-Badesalz (1/4 Pfund nur 40 Pfennig)

Bobrowsky & Zellner, Gleiwitz, Ring
Spezialgeschäft für Manufaktur- und Modewaren, Seiden, Kleiderstoffe, Gardinen, Leinen, Baumwollwaren
11304
Einkaufsquelle der organ. Arbeiterschaft :: Mitglied des Rabattsparvereins

Möbel-Krumny
Ecke Preiswitzer Neueweltstraße
11300
Beim Fachmann kaufen, heißt billig kaufen. Einkaufsquelle d. org. Arbeiter

Georg Gellers
Beuterstraße 33
ff. Fleisch- und Wurstwaren
11462

Hugo Schnepter, Welzeckstraße 7
Haus- und Küchengeräte, Leder, Damen- und Herren-Wäsche, Manufaktur- und Kurzwaren
11462

Arthur Hensel
Karlstraße Nr. 9 11302 Fischräucherei

Feine Fleisch- und Wurstwaren
ERICH RUDA
Piesker Straße 4
11295
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft

Alle Krankenkassenbrillen
sorgfältigst und aufmerksam
Georg Bache & Co.
Gleiwitz, Wilhelmstr. 21 11318
Spezial-Abt.: Foto-Apparate und aller Bedarf

Gebr. Pawroslo
Turmstrasse 7
Fabrikat. fein. Fleisch- u. Wurstwaren
11460

Brillen-Böhm Optiker
Wilhelmstr. 24
11461

Brillenoptik-Bornemann
das Fachgeschäft für Optik und Photo
Inh. Walter Bornemann
Staatlich geprüfter Optiker
Wilhelmstraße 3 / Fernruf 3927
11294

Sanitätshaus E. Walter
Ebertstraße 10
Bandagen, Kunstglieder
Gummiwaren
Annahme von Krankenkassenrezepten
11296

Hausfrauen
euer
Kolonialwaren-Konsum
ist Karl Freitag
vorm. P. H. Grosch, Turmstraße 4/6
11309

Hausfrauen!
Kauft
eure Kolonialwaren
nur bei
August Wlula, Mauer-, Ecke Lange Str.
11298

Valentin Kudla
Fleischmarkt Nr. 1
Mehl / Gegräupe / Hülsenfrüchte
zu den niedrigsten Tagespreisen
11283

S. Aubert
Destillation und Likörfabrik
Bierstuben
Gleiwitz, Kronprinzenstraße 21/23
Telephon 3060
11287

Paul Gorczki
Niederwallstraße 22 / Kiosk: Fleischmarkt
Zigarren — Zigaretten — Tabake
11293

H. Schmidt, Uhren und Goldwaren
Trauring-Ecke — Beuthener Straße 2
11301

Hugo Heig, Gleiwitz, Nikolaistraße 29
Manufakturwaren — Tücher — Stoffe
Seiden — Inlets — Tücher
Niedrige Preise! Reelle Bedienung!
Gegen Ausweis Teilzahlung gestattet!
11303

R. Danziger // Nikolaistraße 26
Damen-, Backfisch- und Kinderkonfektion
Billigste Bezugsquelle für Arbeiter
11305

Hermann Schilling / Uhrmacher
Nikolaistraße 21
Reparaturen billig und gut
Ein Versuch überzeugt Sie!
11308

Wilhelm Aschner
Kolonialwaren: Klosterstraße 17/19
Weine u. Spirituosen: Klosterstr. 11
11291

Hausfrauen!
Brot und Konditorwaren
bei G. Gahl, Hedwigstraße 3
11292

Hausfrauen!
ff. Fleisch- und Wurstwaren
bei Hans Liboschik, Tarnowitzer Str. 13
11299

Artur Bernard, Preiswitzer Straße 10
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft
11297